

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|-----------|
| Vorwort | 3 |
| 1. Solidarisches Zusammenleben fördern | 5 |
| 1.a. Arbeit und Wirtschaft | 5 |
| 1.b. Wohnen | 13 |
| 1.c. Sozialpolitik | 16 |
| 1.d. Bildung für alle | 18 |
| 1.e. Heimat für Familien | 23 |
| 1.f. Jugend in Frankfurt | 25 |
| 1.g. Einwanderung und Integration | 27 |
| 1.h. Altern in Frankfurt | 29 |
| 1.i. Lesben und Schwule in Frankfurt | 33 |
| 1.j. Ehrenamt | 34 |
| 1.k. Vereine | 35 |
| 2. Attraktive Stadt | 36 |
| 2.a. Region | 36 |
| 2.b. Verkehr | 37 |
| 2.c. Kultur | 40 |
| 2.d. Sichere Heimat Frankfurt | 44 |
| 2.e. Gesundheit in Frankfurt | 47 |
| 2.f. Sport | 49 |
| 2.g. Umwelt | 51 |
| 2.h. Stadtverwaltung | 53 |
| 3. Frankfurts Identität bewahren und entwickeln | 56 |
| 3.a. Stadtentwicklung | 56 |
| 3.b. Leben am Main | 59 |
| 3.c. Neue Alte Stadtmitte | 60 |

Heimat Frankfurt

Die Welt ist komplizierter geworden. Die Gesellschaft verändert sich in rasantem Tempo. Globalisierung und Digitalisierung stellen uns vor immer neue Herausforderungen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen, dass die Verbindung der Menschen zu ihrer Heimat ein Bezugspunkt in der unübersichtlicher gewordenen Welt ist. Damit das Erfolgsmodell Stadt auch in Zukunft unter diesen geänderten Vorzeichen Halt und Identifikation für Frankfurterinnen und Frankfurter ist, wollen wir Frankfurt am Main zu einer Heimat für alle hier lebenden Menschen machen. Das ist es auch, was uns von konservativen und nationalen Kräften unterscheidet: Unser Begriff von Heimat schließt niemanden aus, sondern verbindet vielmehr Menschen verschiedener Herkunft, Kulturen und Lebensalter. Auch deshalb wollen wir die Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Lebenslagen.

Drei Aspekte von Heimat erscheinen uns in diesem Zusammenhang von besonderer Bedeutung:

Heimat ist dort, wo man Gemeinschaft erfährt.

Wir stehen für eine solidarische Stadtgesellschaft. Unser Ziel ist eine Stadt, in der die Menschen nicht nur nebeneinander wohnen, sondern miteinander leben, Respekt erfahren, sich gegenseitig achten und einander beistehen. Damit dies gelingen kann, müssen alle Bürgerinnen und Bürger gleichberechtigt am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilhaben können. Eine gute Ausbildung setzt den Grundstein für ein selbstbestimmtes Leben. Ein zentrales Ziel unserer Politik ist daher der ungehinderte Zugang zu Bildung. Wir werden Erziehung, Ausbildung und Bildung zu einem Schwerpunkt unserer Arbeit in den kommenden Jahren machen. Damit gestalten wir Frankfurt familienfreundlicher und leisten nicht zuletzt auch einen wichtigen Beitrag für die Zukunftsfähigkeit und die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt. Wir wollen Nachbarschaften stärken. Daher unterstützen wir die Frankfurter Vereine, Kirchengemeinden und Bürgerinitiativen. Sie brechen die Anonymität der Großstadt auf und leisten eine unverzichtbare gesellschaftliche Integrationsarbeit. Gerade eine Stadt wie Frankfurt am Main, in der Menschen aus 180 Nationen zu Hause sind und die dank ihrer Wirtschaftskraft Jahr für Jahr viele Menschen anzieht, ist auf ehrenamtliches Engagement angewiesen.

Heimat ist dort, wo man sich wohl fühlt.

Frankfurt am Main hat in den vergangenen Jahren viele Bürgerinnen und Bürger an das Umland verloren. Das bedauern wir. Dem Trend zur Abwanderung aus den Städten möchten wir entgegen wirken und einen Aufbruch „zurück in die Stadt“ einleiten. Wir wollen Frankfurt am Main zu einer auch im regionalen Wettbewerb attraktiven Stadt machen. Deswegen muss die Verbesserung der Lebensqualität in Frankfurt Priorität für die Stadtpolitik haben. Angefangen vom Nahverkehr und dem exzellenten Kulturangebot, über die Sicherheit in unserer Stadt bis hin zur Bürgerfreundlichkeit der Verwaltung und dem Erholungsangebot muss unser Anspruch lauten, besser zu sein als andere. Einen Schwerpunkt unserer Arbeit in den nächsten Jahren sehen wir darin, Frankfurt familienfreundlicher zu machen. Damit leisten wir auch einen wichtigen Beitrag für die Zukunftsfähigkeit und die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt.

Heimat ist das, was Menschen prägt.

Frankfurts Eigenart darf nicht zum Spielball des Marktes werden. Wir wollen die Identität Frankfurts für künftige Generationen sichern. Wer seine Geschichte verkauft, wer die Stadtplanung nur nach den Erfordernissen der Ökonomie ausrichtet, verspielt Zukunft. Das Lebensumfeld eines Menschen ist Teil seiner Biografie. Orte unserer Kindheit und unserer späteren Lebensstationen sind Orte der Erinnerungen. Sozialdemokratische Planungs politik wird behutsam mit dem Erscheinungsbild der Innenstadt und mit den gewachsenen Strukturen in den Stadtteilen umgehen. Dies bedeutet, dass wir in unserer Stadt Orte mit eigenem Charakter pflegen und erhalten. Die Debatte um den CDU-Vorschlag zum Abriss der Kleinmarkthalle hat schlagartig beleuchtet, wie wichtig dieses Anliegen für viele Bürgerinnen und Bürger ist. Luftschlösser, wie zum Beispiel Gedankenspiele um ein Parkhaus unter dem Main oder die Überdachung von Zeil und Kaiserstraße, sind jedenfalls nicht dazu geeignet, den Menschen Orientierung zu bieten.

Frankfurt am Main hat deswegen einen so bedeutenden Platz in der europäischen Geschichte, weil die Stadt ihrer Zeit immer ein Stück voraus war und es heute noch ist. Als Messestadt und Verkehrsknotenpunkt hat Frankfurt neue gesellschaftliche Entwicklungen früher erfahren und in das Stadtleben integriert, als dies anderswo geschehen ist. Diese Modernität und die Erfahrungen, die in diesen nicht immer einfachen Anpassungsprozessen gesammelt worden sind, sind ein wichtiger Bestandteil der Frankfurter Identität, den wir fortentwickeln wollen.

Wir schließen damit an Traditionen an, für die die Bezeichnung des „Neuen Frankfurt“ der Zwanziger Jahre (Ludwig Landmann, Ernst May, Margarete Schütte-Lihotzky) charakteristisch ist und die untrennbar mit sozialdemokratischen Gestaltungsleistungen verbunden sind. Wir schließen auch an die zivilgesellschaftliche Modernität an, die sich in der großen Stiftungstradition der Stadt widerspiegelt. Wir stellen uns den Widersprüchen, welche die Stadt zwischen Modernisierung und Heimatfindung geprägt haben und gewinnen daraus die neue Dynamik zur politischen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlich starken Stadt.

Dieser Dreiklang aus Solidarität in der Stadtgesellschaft, Attraktivität des städtischen Umfeldes und einem bewussten Umgang mit der Substanz unserer Stadt wird die sozialdemokratische Kommunalpolitik leiten. Unser Anspruch lautet, Frankfurt zu einem identitätsstiftenden Ort für alle hier lebenden Menschen zu machen und Heimat zu gestalten.

1. Solidarisches Zusammenleben fördern

Für uns Sozialdemokraten ist Arbeit wichtiger Teil eines solidarischen Zusammenlebens. Darum sind Wirtschaft und Arbeit auch in der Kommunalpolitik für uns zentrale Themen.

1.a. Arbeit und Wirtschaft

Das **Recht auf Existenz sichernde Arbeit** ist ein zentrales Anliegen unserer Politik. Wir setzen uns für die Sicherung von Arbeitsplätzen und die Schaffung neuer ein. Deshalb wollen wir die Wirtschaftskraft Frankfurts erhalten und stärken.

Die Entscheidung der Europäischen Union für Frankfurt am Main als Sitz der **Europäischen Zentralbank** (EZB) hat die Funktion Frankfurts als wichtigster Finanzhandelsplatz des europäischen Kontinents gesichert. Mit der Entscheidung der städtischen Gremien für den Standort auf dem Gelände der früheren Großmarkthalle im Ostend hat die Stadt nicht nur der Bedeutung der Europäischen Zentralbank für die Entwicklung des Finanzplatzes Rechnung getragen, sondern auch die Grundlage für eine positive Entwicklung des Frankfurter Ostens geschaffen. Mit der Umsetzung des prämierten Hochhausentwurfes des Planungsbüros *coop himmelblau* wird ein weiteres markantes, die Stadt international repräsentierendes Wahrzeichen entstehen. Mit dem Bau der nordmainischen S-Bahn werden wir die Verkehrsanbindungen der EZB und des Frankfurter Ostens verbessern.

Wir werden darauf achten, dass es im Umfeld der EZB wie auch im Bereich anderer Hochhausansiedlungen nicht zu Verdrängungseffekten der im Umfeld wohnenden Bevölkerung kommt.

Mit dem **Hochhausrahmenplan** sowie mit vielen weiteren neu ausgewiesenen Bürogebieten, wie z. B. dem Europaviertel, der City-West, dem Westhafen und rund um den zukünftigen EZB-Standort, ist die Basis geschaffen, um die künftige Nachfrage der Banken und Versicherungen nach attraktiven Büroflächen abzudecken.

Die **Frankfurter Börse** steht, gemessen am Handelsvolumen, an zweiter Stelle in Europa. Wir treten dafür ein, dass Frankfurt am Main auch in Zukunft ein vollwertiger Börsenstandort bleibt. Die Verlagerung von Teilfunktionen der Börse an andere europäische Standorte lehnen wir ab.

Der **Frankfurter Flughafen** trägt wesentlich zum Wohlstand der Region bei, ist aber auch mit Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger verbunden. Zur langfristigen Sicherung der Arbeitsplätze am Flughafen haben wir dem Bau der A380 Halle zugestimmt. Das künftige Terminal 3 im Süden des Flughafens muss an die bestehende ICE-/S-Bahn-Strecke Richtung Mannheim angeschlossen werden.

Zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Frankfurter Flughafens befürworten wir den Bau einer zusätzlichen Bahn im Süden des Flughafens als die sinnvollste Ausbauvariante. Dafür ist entsprechend den **Empfehlungen der Mediation** Voraussetzung :

- ein rechtlich verbindliches, striktes Nachtflugverbot für die Zeit von 23.00 Uhr bis 5.00 Uhr
- Kooperation mit den Flughäfen Hahn und Köln/Bonn sowie Verlagerung des Kurzstreckenluftverkehrs auf die Bahn
- ein Programm zur Lärminderung und Lärmvermeidung sowie zur Reduzierung der Schadstoffemissionen mit entsprechenden Gebühreanreizen
- die Umsetzung von Lärmschutzmaßnahmen für die betroffene Bevölkerung
- Optimierung des bestehenden Systems durch moderne Navigations- und Flugsicherungstechniken

Die CDU-geführte Landesregierung hat, allen Warnungen zum Trotz, einzig und allein auf die Ausbauvariante im Kelsterbacher Wald gesetzt und dabei das Ausbaurisiko Ticona und weitere Gegenargumente bedenkenlos in den Wind geschlagen. Damit hat die Landesregierung die schon jetzt mehrjährige Verzögerung beim Flughafenaußenbau politisch zu verantworten. Die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth hat vor der letzten Oberbürgermeisterwahl gemeinsam mit der Frankfurter SPD die Südbahn als die bestmögliche Ausbauvariante bezeichnet. Nach ihrer Wiederwahl ist Petra Roth auf Druck der Landesregierung umgefallen und befürwortet nun die von ihr vor der Wahl abgelehnte Nordvariante. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen zu unserem Wort: Wir befürworten den Bau einer weiteren Bahn im Süden und lehnen den Bau einer Nordbahn ab.

Der **Frankfurter Hauptbahnhof** ist eines der wichtigsten Drehkreuze im europäischen Eisenbahnnetz. Mit dem Bau der Strecke Frankfurt-Köln hat sich die Erschließung Frankfurts durch das ICE-Netz weiter verbessert. Zur Beseitigung der bestehenden Engpässe im Schienennetz sind der Bau der Neubaustrecke

Frankfurt-Mannheim und der Ausbau der Strecke Frankfurt-Fulda und weiter in Richtung Leipzig dringend erforderlich. Die Anbindung Frankfurts an das Netz des französischen Hochgeschwindigkeitszuges TGV in Richtung Paris stärkt die internationale Drehkreuzfunktion des Frankfurter Hauptbahnhofes. Frankfurt benötigt aber auch einen leistungsfähigen und zentralen Busbahnhof, möglichst in der unmittelbaren Nachbarschaft des Hauptbahnhofes. Für eine Erneuerung der veralteten Bahnbrücken über den Main werden wir uns einsetzen.

Wir wollen die Zukunft des **Messeplatzes** Frankfurt sichern und seine Attraktivität steigern. Durch Ausweitung der Messeflächen haben wir seine Entwicklungschancen in ganz besonderer Weise verbessert. Frankfurt und die Region brauchen die Messe nicht nur als Wirtschaftsförderungsinstrument. Die Messe stiftet als globale Marke auch Identität. Sie muss deshalb im Eigentum der öffentlichen Hand bleiben, die Veräußerung von Gesellschaftsanteilen durch Stadt und Land lehnen wir ab und haben sie erfolgreich im Viererbündnis gegen CDU, FDP und Grüne verhindert. Wichtige Messen, wie z. B. die Buchmesse und die Internationale Automobilausstellung (IAA), müssen ihren Standort in Frankfurt behalten. Wir befürworten, dass die Messe Frankfurt mit Verbänden gemeinsame Gesellschaften bildet, um Messen langfristig an Frankfurt zu binden.

Frankfurt hat sich zu einem wichtigen Standort der **Telekommunikationswirtschaft** entwickelt. So haben wir die beste Telekommunikationsinfrastruktur in Europa und sind zu einem zentralen Knoten der internationalen Leitungsverbindungen geworden. Über 85 Prozent des Internetverkehrs in Deutschland werden über Frankfurt am Main abgewickelt. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden sich dafür einsetzen, dass Frankfurt auch weiterhin **Internethauptstadt** bleibt. Aus dieser Branche entsteht durch die rasend schnelle technische Entwicklung gemeinsam mit „kreativen“ Bereichen eine neue Dienstleistungsbranche, die die breitbandigen Medien für vielfältige Zwecke nutzt. Wir werden diese Entwicklung stärken und die neuen und alten Firmen dieser Branche unterstützen, um die multimediale IT-Wirtschaft zum Motor zur Schaffung neuer Arbeitsplätze zu machen.

Frankfurt ist nach wie vor ein bedeutender **Industrie- und Gewerbestandort**. Die Entwicklung im Industriepark Höchst bietet große Chancen für die weitere Stärkung Frankfurts als Gewerbe-, Industrie- und Technologiestandort. Wir haben deshalb auch die Ansiedlung des Frankfurter Innovationszentrums für Biotechnologie (FIZ) am Niederurseler Hang nachdrücklich unterstützt. Zukunftsweisende Technologien müssen in Frankfurt weiter gefördert werden, um gemein-

sam mit dem **starken Dienstleistungssektor** einen ausgewogenen und stabilen Branchenmix zu gewährleisten und – wo möglich – auszubauen. Die neuen Gewerbegebiete am Martinszehnten in Kalbach und in Sossenheim sowie die Entwicklung der Gewerbeflächen im Frankfurter Osten bieten vielen Gewerbeunternehmen unterschiedlicher Größe attraktive Ansiedlungsflächen. Mit dem Bau einer Entlastungsstraße nördlich der Hanauer Landstraße, südlich der Gleisanlagen wollen wir die Erreichbarkeit der Gewerbegebiete verbessern. Durch Weiterentwicklung der Containerterminals am Ostbahnhof, im Osthafen und in Höchst wird die Funktion Frankfurts als **Logistikzentrum** weiter gestärkt. Mit der Industriekarte sichern wir die bestehenden Gewerbeflächen gegen spekulative Umnutzungsversuche. Zur Erhaltung und zum Ausbau der Attraktivität vorhandener Gewerbeflächen setzen wir auf intelligente und kreative Ansätze, wie z. B. die Entwicklung von Handwerkerhöfen.

Ziel der **städtischen Finanzpolitik** muss es sein, die kommunalpolitische Gestaltungsfähigkeit zu sichern und auszubauen. Bei der Erhebung von Steuern und Gebühren muss es eine gerechte Verteilung zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und der Wirtschaft geben. Die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt Frankfurt hängt in erster Linie vom Aufkommen der Gewerbesteuer ab. Die Abschaffung der Gewerbesteuer oder ihr Ersatz durch einen Zuschlag zur Einkommensteuer würde zu einem Einnahmeverlust von mehreren Hundert Millionen Euro führen und die Leistungsfähigkeit der Stadt erheblich einschränken. Deshalb setzen wir uns für den **Erhalt der Gewerbesteuer** als unverzichtbare kommunale Steuer ein. Um die Abhängigkeit von nur wenigen Großbetrieben zu verringern und die Konjunkturanfälligkeit der Gewerbesteuer zu vermindern, ist eine Modernisierung der Gewerbesteuer durch Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen notwendig. Solange diese Modernisierung nicht umgesetzt ist, halten wir eine Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes im Interesse der Sicherung der kommunalen Handlungsfähigkeit der Stadt Frankfurt für nicht vertretbar.

Wir werden auch weiterhin in die **Substanz der Stadt** investieren. Unser Programm „Schöneres Frankfurt“ sowie die Sanierung von Kindertagesstätten, Schulen, Straßen, Sportflächen und die Instandhaltung der Grünflächen sind fortzuführen. So haben wir auch bei der Veräußerung der Frankfurter Sparkasse (Fraspa) an die Hessische Landesbank (Helaba) durchsetzen können, dass ein Teil des Verkaufserlöses in die Sicherung der Frankfurter Infrastruktur investiert wird.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gehen sensibel mit Frankfurts Besitztum um. **Öffentliches Eigentum** – insbesondere an Infrastrukturunterneh-

men und Wohnungsgesellschaften – ist für uns ein unverzichtbares Instrument, auf kommunaler Ebene im Interesse der Menschen Einfluss auf das wirtschaftliche Handeln zu behalten. Eine Veräußerung der städtischen Anteile an der Fraport AG lehnen wir kategorisch ab, da die Stadt ihren strategischen Einfluss auf die größte Arbeitsstätte der Region behalten muss. Daher streben wir für die Stadt Frankfurt eine eigene Sperrminorität bei der Gesellschaft Fraport an. Mit uns wird es eine Veräußerung der städtischen Anteile an der Mainova AG nicht geben. Den Verkauf der Frankfurter Sparkasse (Fraspa) an Privatbanken haben wir erfolgreich abgewehrt. Mit der Landesbank Hessen-Thüringen ist ein leistungsfähiger Partner gefunden worden, um die Zukunft der guten Marke Fraspaa auch in einem schärferen Wettbewerb unter den Kreditinstituten zu sichern. Wir stehen zur öffentlichen Daseinsvorsorge, die kommunale Selbstverwaltung gilt es zu verteidigen – auch gegen die Politik der Europäischen Union. Eine Entstaatlichung bzw. Entkommunalisierung öffentlicher Aufgaben und Einrichtungen lehnen wir ab.

Frankfurt am Main ist ein wichtiger Standort für die **Tourismusindustrie**. Dies sichert viele Tausend Arbeitsplätze in der Stadt. Frankfurt hat auf diesem Gebiet noch Entwicklungspotenzial. Wir unterstützen daher alle Anstrengungen, Frankfurt und die Region für Touristen attraktiv zu erhalten. Die **Fußballweltmeisterschaft 2006** bietet eine einmalige Gelegenheit, Frankfurt der Weltöffentlichkeit als attraktives Reiseziel zu präsentieren. Auf unsere Initiative hin ist eine mehrsprachige Beschilderung der Frankfurter Sehenswürdigkeiten erfolgt. Wir wollen darauf hinwirken, dass baldmöglichst auch die Hinweisschilder im Bereich des Nahverkehrs neben deutschen Erläuterungen solche in gängigen Fremdsprachen erhalten. Die touristischen und historischen Routen durch die Stadt müssen durch bessere Hinweistafeln leichter erkennbar gemacht werden.

Wir werden das Erscheinungsbild der öffentlichen Straßen und Plätze verbessern, denn sie sind die Visitenkarte unserer Stadt und der Lebensraum ihrer Bürger. Der **öffentliche Raum** muss allen Bevölkerungsgruppen offen stehen. Eine weitere Privatisierung des öffentlichen Raumes zugunsten wirtschaftlicher Interessen Einzelner schließen wir aus.

Den **Einzelhandel** in der Innenstadt, besonders auf der Zeil, sowie in Stadtteilzentren wie der Leipziger Straße in Bockenheim, der Schweizer Straße in Sachsenhausen, der unteren Berger Straße im Nordend und der oberen Berger Straße in Bornheim oder der Königsteiner Straße in Höchst wollen wir fördern und stärken. Die differenzierte Angebotsstruktur in den größeren Stadtteilzentren muss

auch künftig vorgehalten werden. Wir setzen uns mit Nachdruck dafür ein, dass die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs in allen Stadtteilen erhalten bleibt bzw. wieder hergestellt wird. Die Steuerungsmöglichkeiten der Stadt müssen über die reine Bestandsaufnahme hinaus, wie sie mit der Vorlage des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes erfolgt ist, erweitert werden. Dazu bedarf es des gezielten Einsatzes aller planungsrechtlichen Instrumente, die eine differenzierte Angebotsstruktur erhalten und eine Stärkung des lokalen Einzelhandels sicherstellen können. Darüber hinaus streben wir an, bei für den lokalen Einzelhandel zentralen Liegenschaften, wie beispielsweise die leer stehenden Kaufhäuser in der Königsteiner Straße und der Leipziger Straße, das gesetzlich verbriefte Verkaufrecht der Gemeinden zu nutzen, um sie selbst weiter zu vermieten oder, im Falle einer Veräußerung, die Nutzung im Grundbuch eintragen zu lassen.

Zur Stärkung des lokalen Einzelhandels befürworten wir auch die Bildung sogenannter Business-Improvement-Districts (Anliegergemeinschaften), wenn es entsprechende Initiativen der örtlichen Anlieger gibt.

Den Bau neuer Einkaufszentren auf der grünen Wiese lehnen wir ab. Das Europaviertel muss weiter entwickelt werden, doch den Bau eines Urban-Entertainment-Centers (UEC) dort lehnen wir ebenfalls ab, da die Investoren bisher kein überzeugendes Konzept für ein überregional attraktives Entertainment- und Kulturangebot vorgelegt haben. Die zusätzlich vorgesehene Einkaufsfläche würde daher vor allem zu Lasten des Einzelhandels in der Innenstadt, in Bockenheim und anderen Stadtteilen gehen und diese Standorte gefährden. Die Abkürzung von **Planungs- und Genehmigungsverfahren** für Großprojekte lehnen wir ab. Die Beteiligung der betroffenen Bürger und Gemeinden muss verbessert werden. Wer Verfahren verkürzen will, soll unten anfangen, nämlich bei den kleinen Vorhaben der Bürgerinnen und Bürger, Betriebe und Gemeinden. Je größer das Vorhaben, desto wichtiger ist die Beteiligung.

Wir wollen, dass Sonn- und Feiertage auch in Zukunft ihren Charakter behalten. Wir sind der Auffassung, dass es keinen Bedarf weiterer Verlängerungen der **Ladenöffnungszeiten** gibt. Zusammen mit Kirchen und Gewerkschaften wehren wir uns gegen das Aushöhlen des Verbots von Sonn- und Feiertagsarbeit in unserer Stadt. Durch die Feiertagsarbeit und die zunehmend genehmigten verkaufsoffenen Sonntage verlieren Familie und Gesellschaft – zumindest auf lange Sicht – an sozialem Zusammenhalt.

Die Dienstleistungen der **Wirtschaftsförderung** werden wir weiter verbessern. Sie muss sich verstärkt den Unternehmen vor Ort zuwenden. Auf Grund sozialdemokratischer Initiativen wurden bereits Stadtteilberater eingesetzt, die sich um

Belange kleiner und mittlerer Unternehmen kümmern. Außerdem haben wir erreicht, dass die weltweite Anwerbung von Unternehmen nicht mehr von Frankfurt alleine getragen wird, sondern inzwischen über zwanzig Gesellschafter der regionalen Frankfurt Rhein Main GmbH. Nach wie vor nicht erfüllt ist unsere alte Forderung, die Wirtschaftsförderung **zur einzigen Anlaufstelle der Stadt** auszubauen (one-stop-shop). Wir werden für eine der Bedeutung entsprechende personelle Ausstattung sorgen. Wir werden auch auf eine **enge Verzahnung unterschiedlicher Aufgaben zwischen regionaler und lokaler Wirtschaftsförderung** achten.

Wir werden mehr Übersichtlichkeit und Klarheit in kommunale Grundstücksgeschäfte bringen und endlich die Vergabe von Gewerbeflächen in Erbbaupacht regeln. Für eine Stadt mit einer vergleichsweise kleinen Grundfläche wie Frankfurt ist es von hoher Bedeutung, mit diesem knappen Gut wirtschaftlich und ökologisch sinnvoll umzugehen. Ein wirkungsvolles **Flächenmanagement** für städtische Liegenschaften ist unverzichtbar.

Wir werden **junge Unternehmen** besonders fördern. Sie schaffen eine Vielzahl von Arbeitsplätzen. In der Summe befinden sich die weitaus meisten Arbeits- und Ausbildungsplätze in den kleinen und mittleren Unternehmen der Stadt. Dabei ist die Pflege des Bestandes so wichtig wie die Förderung von neuen Gründungen. Frankfurt am Main hilft bei **Existenzgründungen** mit Programmen wie denen von Kompass und den Frauenbetrieben sowie mit günstigen Konditionen für Gewerberaum. Wichtig ist dabei die Förderung zukunftsweisender Hochtechnologien und Dienstleistungen (u. a. in der IT-Branche).

Die Arbeitswelt verändert sich immer schneller, die Anforderungen an die Menschen wachsen ständig. Umso mehr sind **Qualifizierung und Ausbildung** unabdingbar zur Sicherung der Beschäftigung geworden. Unter unserer Verantwortung sind beträchtliche Erfolge zur Verbesserung der Arbeits- und Ausbildungssituation erreicht worden. Mit Hilfe **kommunaler Beschäftigungsgesellschaften** wurden arbeitslose Menschen qualifiziert und vermittelt. Mit der **Jugendbeschäftigungsgesellschaft** und Integrationsberatern in den Berufsschulen konnte vielen Frankfurter Jugendlichen geholfen werden. Die **Reform der Sozialsysteme** (Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe) hat bessere Möglichkeiten zur Förderung von Arbeitssuchenden geschaffen. In der neugebildeten „**Rhein-Main-Jobcenter-GmbH**“ wurde die Zusammenarbeit der Sozialverwaltung mit der Bundesagentur für Arbeit institutionalisiert. Wir wollen, dass die Stadt Frankfurt am Main in dieser Zusammenarbeit ihre Verantwortung für Menschen ohne

Arbeit wahrnimmt. Insbesondere für junge Menschen bis zum Alter von 25 Jahren gibt es nun einen Anspruch auf Arbeit, Ausbildung oder Qualifizierung.

Bei den „**Frankfurt-Jobs**“, die im Zuge der Arbeitsmarktreform eingerichtet werden, treten wir strikt dafür ein, dass die gesetzlichen Vorgaben beachtet und keine regulären Beschäftigungsverhältnisse vernichtet oder gefährdet werden. Der Schwerpunkt muss auf der Weiterqualifizierung liegen, die einen ersten Einstieg in den Arbeitsmarkt ermöglicht. Die Wirksamkeit dieses Arbeitsmarktinstrumentes soll nach zwei Jahren evaluiert werden.

Wir werden die Anzahl der städtischen Ausbildungsplätze über den derzeitigen Bedarf hinaus erhöhen, denn die **Stadt Frankfurt am Main als Arbeitgeberin** hat eine besondere Verantwortung für die Ausbildung junger Menschen. Die SPD wird weiterhin dafür eintreten, dass Stadt und städtische Gesellschaften im Rahmen ihrer Verantwortung als Ausbilder eine ausgewogene Besetzung der Ausbildungsplätze zwischen Jungen und Mädchen, zwischen deutschen und nichtdeutschen Jugendlichen sicherstellen. Auch die Frankfurter Wirtschaft muss ihre **Zusage im Rahmen des Ausbildungspakts** einhalten, die Zahl der Ausbildungsplätze zu erhöhen und die Qualifizierung in Betrieben zu verbessern. Durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe im Rahmen der Arbeitsmarktreform der Bundesregierung (Hartz-Gesetze) konnte das Problem nicht gelöst werden, neue reguläre Arbeitsverhältnisse zu schaffen – hier liegt die Verantwortung weiterhin in der Wirtschaft, für die entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen wurde.

Die SPD setzt sich nachdrücklich dafür ein, dass bei der Stadt auch künftig **keine betriebsbedingten Kündigungen** stattfinden. Gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit wollen wir über die städtischen Stellen Projekte entwickeln, um auch **älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern** wieder eine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt zu geben.

Illegale Beschäftigung, bei der sich Menschen ohne jeglichen Versicherungsschutz für Stundenlöhne teilweise ab drei Euro verdingen müssen, werden wir mit allen Mitteln unterbinden. Dabei ist insbesondere gegen diejenigen rigoros und unter Ausnutzung aller gesetzlichen Möglichkeiten vorzugehen, die sich solcher Arbeit bedienen. Um **Sozialdumping** zu verhindern, setzen wir uns dafür ein, dass die Kommunen in Zukunft bei Ausschreibungen neben ökologischen auch soziale Standards (Lehrstellenangebot, Bezahlung nach Tarifverträgen) vorgeben müssen.

1.b. Wohnen

Wir werden dafür sorgen, dass Frankfurt eine Stadt zum Wohnen für Menschen aller Einkommenschichten und Wohnformen sein kann. Oberste Priorität hat dabei für uns die **Schaffung und Erhaltung von bezahlbarem Wohnraum**. Den Verkauf städtischer Anteile an Wohnungsgesellschaften lehnen wir ab. Städtisches Eigentum an diesem Frankfurter Wohnungsbestand bedeutet Einflussnahme auf ein sozialverträgliches Mietniveau, bedarfsgerechte Sanierungen, eine positive Entwicklung von Siedlungen und die Beteiligung von Mieterinnen und Mietern. Städtische Wohnungsgesellschaften garantieren sozialen und bezahlbaren Wohnraum, der in Frankfurt nicht weiter reduziert werden darf. Wir treten deshalb dafür ein, dass die intensive Beteiligung der städtischen Gremien an den Entscheidungsprozessen und der Geschäftspolitik der Wohnungsgesellschaften erhalten bleibt.

Um Mittel für den Bau neuer Wohneinheiten zu erhalten, hat die SPD-Fraktion dem **Modellprojekt** der ABG Frankfurt Holding zur Mietprivatisierung zugestimmt. Dabei haben wir darauf geachtet, dass nur an Mieterinnen und Mieter und nur die selbst bewohnte Wohnung verkauft werden darf. Ein Fremdverkauf, insbesondere an große Immobilienfirmen, ist bei diesem Modell ausgeschlossen. Vielmehr möchten wir die Eigentumbildung als Alterssicherung erleichtern. Wir werden die Ergebnisse dieses streng auf 500 Wohnungen begrenzten Modellversuchs sorgsam auswerten.

Insbesondere der **Altbauwohnungsbestand** ist unter Einbeziehung der Mieterinnen und Mieter mit besonderer Rücksicht auf die Bedürfnisse von Familien, Frauen, Seniorinnen, Senioren und Menschen mit Behinderungen **sozialverträglich zu sanieren**. Die positiven Erfahrungen mit der Sanierung im energetischen Passivhausstandard wollen wir bei weiteren Baumaßnahmen umsetzen. Die Reduzierung der Nebenkosten, der „Zweiten Miete“, durch ökologische Sanierungen im Bestand hat absoluten Vorrang.

Die Anzahl von **Belegungsmöglichkeiten** bei den städtischen Wohnungsgesellschaften für die Stadt Frankfurt am Main muss stabil bleiben. Der Ankauf von Belegungsrechten ist mit den städtischen Wohnungsunternehmen zu vereinbaren. Die gesetzlichen Möglichkeiten des Wohnraumförderungsgesetzes sind konsequent und innovativ anzuwenden.

Der Anteil der über Sechzigjährigen macht in Frankfurt bereits mehr als ein Drittel der Bevölkerung aus. Einzelhaushalte – vor allem älterer Frauen – nehmen

zu. Deshalb müssen bei steigender Lebenserwartung **seniorengerechte Wohnungen** in allen Stadtteilen vorhanden sein, damit Frankfurterinnen und Frankfurter auch mit zunehmendem Alter weiter in ihrer gewohnten Umgebung leben können. Wir werden Formen von generationsübergreifendem Wohnen und neue Modelle des Zusammenlebens älterer Menschen fördern.

Wir werden den Versorgungsgrad an bezahlbarem Wohnraum in Frankfurt erhöhen. Er liegt im Vergleich zu anderen bundesdeutschen Großstädten wie Köln, München oder Berlin deutlich niedriger. Die Schaffung und den Erhalt **innenstädtischen Wohnraums** werden wir aktiv unterstützen, um eine attraktive Funktionsmischung im Citybereich zu erhalten. Wir werden Initiativen zur Umnutzung leer stehender Büroflächen für Wohnzwecke unterstützen und den Magistrat dazu drängen, in dieser Hinsicht verstärkt planerisch tätig zu werden.

Es ist zu prüfen, ob Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer leer stehende Büroräume auch für eine begrenzte Zeit, z. B. zehn Jahre, als Wohnraum nutzen können, ohne langfristig den Anspruch auf Büroraumnutzung zu verlieren.

Darüber hinaus fordern wir das Land Hessen auf, wieder eine **Zweckentfremdungsverordnung** zu erlassen. Ohne dieses Instrument hat die Stadt keine ausreichende Handhabe gegen die gewerbliche Nutzung von Wohnraum und dessen spekulativen Leerstand.

Wir werden neuen preisgünstigen Wohnraum schaffen. Mit der Vergabe von städtischen Grundstücken in Erbpacht wollen wir erreichen, dass insbesondere junge Familien preiswert in Frankfurt wohnen können und nicht ins Umland abwandern. Die derzeit entstehenden neuen Quartiere und Stadtviertel begrüßen und unterstützen wir. Eigentumsbildung durch Mieterinnen und Mieter insbesondere im Rahmen genossenschaftlicher Modelle ist ein wichtiger Bestandteil sozialdemokratischer Wohnungspolitik in Frankfurt. Baugemeinschaften und Baugenossenschaften bieten durch die Nutzung von Synergien die Möglichkeit zu günstigeren Konditionen – für viele junge Familien oft die einzige Möglichkeit, Hauseigentum zu erwerben. Um diese Bauformen zu stärken, muss die Stadt Frankfurt am Main ausreichend Entwicklungsfläche zur Verfügung stellen. Auch Initiativen und Konzepte zu autofreien Wohngebieten werden wir fördern und unterstützen.

Wir werden mehr bezahlbaren und geeigneten **Wohnraum für Studierende und Auszubildende** schaffen, denn mit nur 5 Prozent liegt Frankfurt weit unter dem Bundesdurchschnitt (15 Prozent) der Versorgung mit Wohnheimplätzen für Studierende. Neben städtischen Wohnungsgesellschaften werden wir auch mit

weiteren Trägern kooperieren, um die Chancen junger Menschen auf dem Wohnungsmarkt zu verbessern. Das Projekt „Jung und Alt unter einem Dach“ wird von uns weiterhin unterstützt.

Wir werden mit der Fortschreibung des **Mietspiegels** erreichen, dass Mieterinnen und Mieter vor ungerechtfertigten Mieterhöhungen geschützt werden, denn das Mietniveau hat sich auch in Frankfurt am Main in den vergangenen Jahren erhöht. Die Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels für Frankfurt ist eine wichtige Aufgabe um mögliche Konflikte zwischen Mietern und Vermietern zu verhindern. Mit der Fortschreibung des **Mietspiegels** wollen wir erreichen, dass Mieterinnen und Mieter vor ungerechtfertigten Mieterhöhungen geschützt werden. Die Stadtverordnetenversammlung hat 2001 auf Initiative der SPD beschlossen, dass Mieterhöhungen bei städtischen Wohnungsgesellschaften auf **15 Prozent** innerhalb von drei Jahren begrenzt werden. Die SPD hält an diesem Beschluss fest.

Das von uns initiierte kommunale Programm „**Soziale Stadt**“ hat sich als großer Erfolg erwiesen. Wir wollen es daher fortsetzen und auf weitere Gebiete ausweiten. Die Beteiligung der Menschen an der Gestaltung ihres Wohnumfeldes ist für uns ein wichtiger Bestandteil für die lebendige Entwicklung von Stadtteilen und Wohnsiedlungen. Mit Unterstützung von Quartiersmanagern werden die Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner an Wohnraum und Wohnumfeld in den Siedlungen ermittelt: Auf der Basis dieser Erhebungen wird die Sanierung der Wohnanlagen vollzogen. Die Förderung wohnraumnaher Arbeit und Ausbildung, die Verbesserung der freizeitbezogenen, verkehrlichen und gewerblichen Infrastruktur in den Siedlungen, die Förderung des sozialen Miteinanders sowie eine verstärkte Mitsprache und Mitgestaltung der Bürgerinnen und Bürger machen eine soziale Stadt und **gute Nachbarschaften** aus.

Wir werden die **Mitspracherechte von Mieterinnen und Mietern** stärken, indem wir Mieter- und Nachbarschaftsinitiativen sowie Mieterbeiräte unterstützen. Wir werden dezentrale Anlaufstellen fördern, denn sie verbessern den Kontakt zwischen Mieterinnen und Mietern und den Wohnungsbaugesellschaften.

Die Frankfurter Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden alle politischen Mittel zum Schutz der Mieterinnen und Mieter ergreifen und sie in ihrem Recht auf bezahlbaren Wohnraum unterstützen.

Die **Fehlbelegungsabgabe** sollte in den vergangenen Jahren mehr soziale Gerechtigkeit schaffen. Allerdings hat sie auch dazu beigetragen, dass langjährige und

engagierte Mieterinnen und Mieter ihre Siedlungen verlassen haben. Der dadurch entstehenden sozial einseitigen Struktur von Wohnsiedlungen wollen wir entgegen wirken. Deshalb treten wir dafür ein, dass die Erhebung der Fehlbelegungsabgabe bis zu einer Neufassung ausgesetzt wird. Bereits bei der Belegung von Wohnungen ist auf die soziale Mischung zu achten.

1.c. Sozialpolitik

Um die solidarische Heimat Frankfurt zu gestalten, bedarf es einer Sozialpolitik, die auf **Chancengleichheit, Integration, Prävention und Hilfe zur Selbsthilfe** hinarbeitet. Soziale sowie persönliche Defizite auszugleichen ist ein unverzichtbarer Grundsatz sozialdemokratischer Kommunalpolitik. Dabei ist mit Rücksicht auf die individuellen Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger und mit Augenmaß beim Einsatz öffentlicher Mittel vorzugehen. Jede und jeder in unserer Gesellschaft sollte so weit wie möglich in die Lage versetzt werden, das eigene Leben selbstbestimmt zu gestalten. Wer dazu nicht fähig ist, muss dauerhafte solidarische Hilfe erhalten. Institutionen wie zum Beispiel die Frankfurter Tafel, die sozial Schwächere und Wohnungslose mit Essen versorgen, leisten eine sehr wichtige Arbeit.

Diese Grundzüge unserer Sozialpolitik tragen nachhaltig dazu bei, dass die Bürgerinnen und Bürger Frankfurts ihre Stadt als Heimat erfahren und empfinden. Und zwar nicht nur diejenigen, die seit Generationen hier einen festen Wohnsitz haben, sondern auch diejenigen, deren Geburtsort außerhalb der engen Stadtgrenzen liegt. Wir setzen auf ein **solidarisches, nachbarschaftliches und respektvolles Miteinander**. Hierzu trägt die konsequente Weiterführung der Verbesserung der Qualität des Wohnumfeldes z. B. durch das Programm „**Soziale Stadt**“ erheblich bei. Bei der Schaffung von Neubaugebieten wollen wir die unterschiedlichen Bedürfnisse der verschiedenen Bevölkerungsgruppen berücksichtigen: von Kindern, Jugendlichen, Familien, Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Behinderung.

Wir stehen für die Weiterentwicklung der bereits gut ausgebauten sozial- und jugendpolitischen Infrastruktur unserer Stadt. In diesem Sinne sind wir für eine Fortschreibung des **Vertrages für den sozialen Frieden**, der für zentrale Felder der sozialen Arbeit deren finanzielle Absicherung regelt. Wesentliche Leistungen der Altenhilfe, der Beschäftigungspolitik, der Kinder- und Jugendhilfe sowie der „Frankfurt-Pass“ für einkommensschwächere Mitbürgerinnen und Mitbürger können so auch in der Zukunft erhalten bleiben.

Unsere Politik steht für die Integration benachteiligter Menschen. Dies bedeutet auch im besonderen Maße die Berücksichtigung der Bedürfnisse von **behinderten Menschen**. Hierbei liegt unser Augenmerk auf dem Erhalt und dem Ausbau von Einrichtungen und Diensten im Bereich der Frühförderung, Erziehung und Bildung, Kinder- und Jugendhilfe, Arbeit und Ausbildung, Wohnen, Mobilität sowie Erholung und Freizeit. Auf der Basis der von der Stadt Frankfurt am Main unterzeichneten **Erklärung von Barcelona** wollen wir diese Einrichtungen betreiben und weiterentwickeln. Die Zahl der **schweremehrfachbehinderten Kinder** steigt an. Wir werden in den kommenden Jahren viele neue Pflege- und Wohnplätze für sie benötigen. Wir wollen die Eltern aber auch durch mehr Tagespflegeplätze und stundenweise Betreuung der Kinder in der häuslichen Umgebung unterstützen. Gemeinsam mit den freien Trägern werden wir uns dafür einsetzen. Wichtig für uns ist auch die **uneingeschränkte Teilhabe** behinderter Menschen am sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben. Wir fordern, dass die behindertengerechte Ausstattung öffentlicher Gebäude und des öffentlichen Nahverkehrs konsequent weitergeführt werden, ebenso die **kostenlose Beförderung** von schwerkörperbehinderten Menschen im Stadtgebiet. Zur weiteren Verbesserung der Mobilität und Information behinderter Menschen setzen wir uns für die Fortführung des „**elektronischen Stadtführers für Menschen mit Behinderungen**“ ein. Wir wollen, dass Menschen mit Behinderung so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung leben können und setzen uns dafür ein, dass zur Unterstützung Einkaufsdienste angeboten werden.

Mit der von uns initiierten Einführung des Rederechts für Fachleute der Frankfurter Behinderten-Arbeitsgemeinschaft (FBAG) in den Ausschüssen des Stadtparlaments ist auch die **direkte Beteiligung** der Interessenvertreterinnen und -vertretern von Menschen mit Behinderung **an der politischen Willensbildung** ermöglicht worden.

Integration bedeutet auch Teilhabe behinderter Menschen am allgemeinen Arbeitsleben. In diesem Sinne setzen wir unter anderem auf den Ausbau von **Integrationsprojekten**, die den Übergang von schwerbehinderten Menschen auf den regulären Arbeitsmarkt befördern. Weiterhin wollen wir Anreize für Unternehmen schaffen, Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung zur Verfügung zu stellen. Wir unterstützen in diesem Sinne die seit 2003 durchgeführte Auszeichnung der Stadt Frankfurt „**behindertenfreundliche Betriebe**“.

Der Verlust der Wohnung ist kein Einzelschicksal und kann heute viele treffen. In der Stadt Frankfurt am Main gibt es eine breite Palette von Hilfsangeboten, um **ohnsitzlose Menschen** vorübergehend zu unterstützen oder ihnen die

Rückkehr ins „bürgerliche Leben“ zu ermöglichen. Neben Kurzzeit-Schlafplätzen, Essens-, Beratungs- und medizinischen Angeboten gibt es auch intensive Bemühungen zur dauerhaften Unterbringung in eigenen Wohnräumen. Wir setzen uns dafür ein, dass im Winter die B-Ebene an der Hauptwache weiterhin für diejenigen Wohnsitzlosen geöffnet wird, die keine anderen Angebote in Anspruch nehmen wollen oder können. Wohnsitzlose Jugendliche, oft „Ausreißer“ oder Migrantinnen und Migranten ohne Aufenthaltserlaubnis, müssen ebenfalls auch zukünftig wirkungsvolle Hilfsangebote erhalten. Den erfolgreichen Einsatz von Streetworkern, wie z. B. beim Kältebus, wollen wir weiterführen.

Die Frankfurter SPD setzt sich mit Nachdruck für den Erhalt des Landeswohlfahrtsverband Hessen (LWV), das Hessische Sozialparlament ein. Als überörtlicher Sozialhilfeträger und als Träger von Einrichtungen ist der LWV Hessen mit seiner landesweiten Ausgleichsfunktion ein Garant für eine gerechte und flächendeckende Behindertenpolitik in Hessen. Einer Verlagerung der Behindertenhilfe auf die Landkreise und kreisfreien Städte sowie einer Privatisierung der LWV-eigenen Einrichtungen wird eine klare Absage erteilt.

1.d. Bildung für alle

Ziel unserer Bildungspolitik ist es, jedem Kind eine **bestmögliche Entwicklung** zu sichern, und zwar unabhängig von seiner Herkunft und seinem Geschlecht. Talente und Fähigkeiten der Kinder müssen im Mittelpunkt stehen und gefördert werden. Dies wird dann gelingen, wenn alle an der Erziehung Beteiligten zusammen arbeiten. Für uns sind Bildung, Betreuung und Erziehung eine Einheit. Für uns ist Bildung weiterhin eine öffentliche Angelegenheit, die keine Privatisierung duldet.

Insbesondere **Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund** sind überdurchschnittlich oft von Schulproblemen betroffen. Bundesweit bleiben heute 25 Prozent der Migrantenkinder jedes Jahrgangs ohne Ausbildungsabschluss. Ein besonderer Schwerpunkt der Bildungspolitik der nächsten fünf Jahre liegt daher in der Förderung der Kinder und Jugendlichen aus Migrantenfamilien. Deshalb wollen wir das Konzept der „Stadtteilmütter und -väter“ verwirklichen, die Eltern von Migrantenkindern beraten, wie sie das gleichzeitige Erlernen von Deutsch und der jeweiligen Muttersprache unterstützen können, und die Entwicklung eines „Kita-Rucksacks“ für die gemeinsame Erziehung in Kindertagesstätte und Elternhaus.

Hort und Kindertagesstätte sind für uns unverzichtbare Orte einer frühen Förderung aller Kinder. Vorrangig gilt es qualitativ gute und ausreichende Hort- und

Kitaplätze bereit zu stellen, damit alle Kinder die gleichen Chancen auf eine gute Ausbildung haben. Wir fordern ein städtisches Qualitätsmanagement für Kitas und Horte damit alle Einrichtungen einen gleich hohen Qualitätsstandard anbieten. In den nächsten fünf Jahren wollen wir zunächst ein **kostenloses letztes Kindergartenjahr** einführen. Der Besuch des Kindergartens sollte dann obligatorisch sein. Die Höhe der Frankfurter Kita-Gebühren, die Größe der Kindergartengruppen sowie die personelle Ausstattung halten wir für angemessen und begreifen sie als Vorbild in der Region und als Standortvorteil für unsere Stadt.

Wir fordern die Einführung von Frühförderprogrammen in den Kitas. Eine **Sprachförderung in Deutsch** im Laufe der Kindergartenzeit muss alle Kinder in die Lage versetzen, problemlos eingeschult werden zu können. Zusätzlich brauchen Migrantenkinder die Möglichkeit, ihre **Muttersprache** richtig lernen zu können. In allen CDU-regierten Ländern wird systematisch muttersprachlicher Unterricht zur Förderung der ersten Sprachen der Kinder mit Migrationshintergrund abgeschafft.

Es geht um eine Sparmaßnahme, die unter der Parole „nur die deutsche Sprache ist für die Integration wichtig“ vertuscht wird. Wir fordern die parallele Entwicklung der eigenen Sprache und Kultur zur Aufrechterhaltung der Identität, denn nur so kann eine wirkliche Integration gelingen. Zudem unterstützen wir das Vorhaben einer stadtweiten Sprachstandserhebung aller vierjährigen Kinder in Kooperation mit der Johann Wolfgang Goethe-Universität.

Dazu gehört auch, dass die **kulturelle Bildung** (lesen, spielen, musikalische/künstlerische Früherziehung) gefördert wird. Wir machen uns in diesem Zusammenhang für eine Kooperation zwischen Kitas, Schulen und Kultureinrichtungen stark. Dort wo es gewollt ist, unterstützen wir Erziehungsverträge zwischen Kitas und Schulen einerseits und den Eltern andererseits. In dem Wissen, dass Erziehung nicht leicht ist, wollen wir Eltern in der Erziehungsleistung mit neuen Modellen unterstützen. Wir setzen uns für die schnelle Reform der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung ein.

Das Aufbrechen alter Rollenklischees wollen wir durch die stärkere Beteiligung von Männern an der Erziehung fördern. Daher werben wir für mehr Erzieher in den Kinderbetreuungseinrichtungen und für mehr männliche Grundschullehrer.

Die Grundschule mit ihrem Ansatz des gemeinsamen Lernens für alle braucht diesbezügliche Räumlichkeiten und ergänzende Fördermaßnahmen. Unser Ziel ist ein verlässliches und flächendeckendes Ganztagsschulsystem für die Grundschulen ebenso wie für die Mittelstufen der weiterführenden Schulen, das nicht

die Fortsetzung des heutigen Unterrichts mit verlängerten Zeiten ist. Dies beinhaltet die Ausweitung des gemeinsamen Unterrichts behinderter und nichtbehinderter Kinder (GU), der von vielen Frankfurter Schulen seit Jahren erfolgreich umgesetzt wird. Wir wollen die erfolgreiche Kooperation von integrativem Kindergarten, Grundschule und weiterführender Schule sowie Berufsorientierung, wie in der Römerstadt bzw. Nordweststadt praktiziert, erhalten und als Modell eines integrativen Netzwerks Zug um Zug in allen Stadtteilen etablieren. Statt immer mehr Kinder in Sonderschulen zu schicken, fordern wir: Mehr Sonderpädagogen an die Regelschulen. Dies bedingt ein räumlich und pädagogisch integriertes Konzept als gemeinsames Förderprogramm von Stadt und Land. Dabei hilft es nicht, bereits beschäftigte Sonderschullehrerinnen und -lehrer von Sonder- auf Regelschulen zu versetzen. Wir fordern vom Land, die Stellenzahlen insgesamt zu erhöhen. Parallel müssen die erforderlichen baulichen Veränderungen an den Regelschulen umgesetzt werden. Solange dies nicht in ausreichendem Maße umgesetzt werden kann, muss den bereits über ihre Aufnahmefähigkeit hinaus belasteten Sonderschulen (z. B. Albert-Griesinger-Schule) zusätzlich zu mehr Personal auch erweiterte Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden.

In den letzten fünf Jahren haben wir dafür gesorgt, dass umfangreiche Mittel für die Sicherung und Schaffung von Ganztagsangeboten zur Verfügung gestellt wurden. Umbaumaßnahmen und Sanierung von Schulgebäuden wurden bisher vernachlässigt. Um den Nachholbedarf und die zukunftsweisende Modernisierung der Schulgebäude zu gewährleisten, ist in der kommenden Legislaturperiode die begonnene finanzielle Kraftanstrengung fortzusetzen. Dabei sollten im Ausschreibungsverfahren kleine Losgrößen bevorzugt werden, damit regionale mittelständische Handwerksbetriebe an den Ausbauarbeiten schwerpunktmäßig beteiligt werden.

Mit dem „**Turboabitur**“ der CDU-Landesregierung werden die Frankfurter Gymnasien unfreiwillig zu Ganztagschulen, allerdings ohne die dazu notwendige finanzielle und personelle Unterstützung des Landes für deren Umsetzung. Wir werden darauf achten, dass für die erforderlichen Raumprogramme nicht einseitig Mittel aus dem Ganztagschulprogramm des Bundes eingesetzt werden, da diese für den Ausbau von Ganztagsangeboten an allen Schulformen vorgesehen sind.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nehmen den Elternwillen ernst und werden uns für weitere Integrierte Gesamtschulen einsetzen. Sie haben das räumlich und pädagogisch am meisten integrierende Konzept, weil in ihnen die

trennenden Schulformen aufgehoben und die besten Grundlagen z. B. für gemeinsamen Unterricht oder andere Förderprogramme gegeben sind.

Das „3. Gesetz zur Qualitätssicherung an Hessischen Schulen“ gefährdet berufliche wie allgemein bildende Schulstandorte in Frankfurt am Main. Wir werden darauf achten, dass die Grundschulen wohnortnah erhalten bleiben und Frankfurter kooperative Gesamtschulen auf ihrem Weg zu **integrierten Gesamtschulen (IGS)** unterstützen, damit diese nach wie vor ein Abitur nach neun Jahren anbieten zu können. Wir bestehen weiterhin darauf, dass nach der Carl-von-Weinberg-Schule auch die Georg-Büchner- und Heinrich-Kraft-Schule zur IGS umgewandelt werden.

Das Ziel der früheren rot-grünen Bundesregierung, jedem Jugendlichen einen **Ausbildungsplatz** anzubieten, wollen wir auch in Frankfurt verfolgen. Die Erosion der Dualen Ausbildung und die Umwandlung von Ausbildungs- in Praktikumsplätze muss gestoppt werden. Für Jugendliche unter 18 Jahren gilt: Ausbildungsplätze haben Vorrang vor Arbeitsplätzen. Denn je besser und umfassender Jugendliche ausgebildet sind, desto größer sind ihre Chancen, künftig in der Gesellschaft Fuß zu fassen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass auch die weniger leistungsfähigen Schülerinnen und Schüler von dieser Entwicklung profitieren und vergleichbare Chancen auf einen Ausbildungsplatz erhalten müssen. Hier dürfen auch die Unternehmen nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden. Folgende Maßnahmen wollen wir umsetzen:

- Bereitstellung individueller Förderangebote für jede Schülerin und jeden Schüler; dazu zählen für uns insbesondere eine Ausbildungs- und Integrationsberatung an jeder Schule, Schulsozialarbeit an jeder Berufsschule, die Verzahnung der Angebote mit der Bundesagentur für Arbeit, IHK und der Jugendberufshilfe sowie Nachmittagsangebote zur Vermittlung von Allgemeinbildung, kultureller Bildung und Sprachförderung.
- Stärkung der Zusammenarbeit von Schulen und Unternehmen und Ausbau des Frankfurter Netzwerks für Ausbildung hin zu einem Frankfurter Ausbildungspakt.

Berufsorientierungsmuster von Jugendlichen beiderlei Geschlechts wollen wir **aufbrechen** und überwinden. An Schulen sollte so früh wie möglich Aufklärung darüber stattfinden, welche Berufsfelder es gibt und wie diese Berufe erlernt werden können, um Mädchen und Jungen für von ihnen bisher wenig gewählte Berufe zu interessieren. Das von uns angestoßene Projekt an der Walter-Kolb-

Schule geht in die richtige Richtung und sollte auf weitere Schulen ausgeweitet werden.

In Frankfurt gibt es bereits heute eine große Zahl von Projekten, die der **interkulturellen Bildung** dienen und deutschen ebenso wie Migrantenkindern gleichermaßen zu Gute kommen. Trotzdem ist es nach wie vor notwendig, die spezifischen Kenntnisse und Fähigkeiten der Kinder mit Migrationshintergrund zu stärken, um ihnen die Integration zu erleichtern. Wir begreifen die **Mehrsprachigkeit** von Migrantenkindern als zusätzliche Kompetenz, nicht als Problem. Wir wollen daher die vorhandenen Ansätze ausweiten und weiterentwickeln. Erfolgreiche Projekte (wie zum Beispiel „Frühstart“, „Mama lernt Deutsch“ oder „Hippy“) müssen künftig flächendeckend für alle angeboten werden. „Stadtteilmütter“ und „Bündnisse für Bildung“ schaffen die Voraussetzung dafür in den Stadtteilen. Wir wollen Bilingualität und interkulturelle Bildung von der Kindertagesstätte an bis zum Schul- oder Ausbildungsabschluss in unserem Bildungssystem verankern.

Die **Erwachsenenbildung** muss stärker gefördert und unterstützt werden, weil andere Institutionen, darunter die Hochschulen, sich in zunehmendem Maße diesen Aufgaben nicht mehr stellen (können). Vor allem Volkshochschulen benötigen mehr finanzielle und personelle Unterstützung und Förderung. Die Volkshochschule ist ein Gegengewicht zu einer rein marktorientierten Weiterbildung. Sie soll allen Erwachsenen und Heranwachsenden die Möglichkeit bieten, ihre Bildung zu vertiefen und zu erweitern, ihren Lebensalltag aktiv und kreativ zu gestalten, allgemeine und berufliche Qualifikationen zu erwerben sowie wirtschaftliche, soziale und politische Verhältnisse zu beurteilen und interessenorientiert mitgestalten zu können. Die **Erwachsenenbildung** muss neue Wege gehen, um eine effektive Verzahnung zwischen Berufsleben und Weiterbildung zu gewährleisten. Dazu wollen wir die öffentliche kostenlose Weiterbildungsberatung, wie sie beispielsweise die Walter-Kolb-Stiftung anbietet, ausbauen. Die öffentlichen Einrichtungen der Erwachsenenbildung müssen durch ausreichendes Lehrpersonal und öffentliche Zuschüsse befähigt werden, vielfältig nutzbare Kompetenzen und Schlüsselqualifikationen zu fördern, um die politische Teilhabe an Gesellschaft, Kultur und Politik sowie die Verwirklichung individueller Interessen zu ermöglichen.

Frankfurt am Main ist mit seinen **zehn Hochschulen und 59 wissenschaftlichen Instituten** ein bedeutender Standort für Forschung und Lehre, den es zu entwickeln und fördern gilt. Wir wollen die Universität bei ihren Bau- und Umzugsplänen unterstützen. Für die Studierenden ist an den neuen Standorten IG-Farben-

Campus und Campus Riedberg ein entsprechendes Umfeld zu schaffen. Die erforderlichen Verkehrsanbindungen sind rechtzeitig bereit zu stellen. Wir wollen die Öffnung der Hochschulen zur Stadtgesellschaft. Die Frankfurter SPD tritt deshalb nachdrücklich für die Beseitigung des Zauns um das Gelände des IG-Farben-Campus' ein. Außerdem werden wir uns dafür einsetzen, dass Burschenschaften und studentische Verbindungen, die nationalistischen, ständischen oder sexistischen Prinzipien folgen, in Frankfurt am Main keinen Raum erhalten.

1.e. Heimat für Familien

Familie ist, wo Kinder sind. Sie sind unsere Zukunft. Frankfurt braucht daher ein gesellschaftliches Klima, in dem Familien sich wohl fühlen und **Kinder willkommen** sind. Es gilt, die Situation von Familien in den Mittelpunkt des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Interesses zu rücken und kontinuierlich daran zu arbeiten, ihre Lebensbedingungen zu verbessern und finanzielle Lasten gerecht zu verteilen. Wir wollen Frankfurt zu einer **familienfreundlichen Großstadt** machen.

Gute Politik für Familien ist naturgemäß eine **Querschnittsaufgabe**, die viele Politikbereiche umfasst. Der Arbeitsplatz, das Wohnumfeld, der Stadtteil, die Betreuungs- und Beratungseinrichtungen, die Schule, die Sport- und Freizeitvereine – das alles sind Orte, die für Familien wichtig sind. Von ihrer Qualität hängt es ab, wie wohl sich Familien in unserer Stadt fühlen. Bildungs- und Beratungseinrichtungen müssen unterstützt werden, um zeitlich und inhaltlich sehr flexibel mehr Beratungen für angehende Eltern in den Stadtteilen durchführen zu können. Diese Beratungen müssen attraktiv beworben werden. Das neu gegründete „**Frankfurter Bündnis für Familie**“ soll ein weitgreifendes Netzwerk werden und richtet sich an alle, die vor Ort Verantwortung übernehmen und sich für ein familienfreundliches Umfeld engagieren wollen.

Eine nachhaltige Politik für Familien in Frankfurt muss aus unserer Sicht auf die **unterschiedlichen Lebensentwürfe von Eltern** Rücksicht nehmen. Der Beruf Mutter und Vater findet von uns ebensolche Anerkennung wie die Erwerbstätigkeit von Eltern. Gerade um letztere zu erleichtern, sehen wir noch politischen Handlungsbedarf. Um die gleiche Teilhabe am Beruf für Frauen und Männer zu ermöglichen, müssen bedarfsgerechte **Betreuungsangebote** für Kinder zur Verfügung stehen. Diese müssen wohnortnah, flexibel in den Öffnungszeiten, ganztägig und pädagogisch abgesichert sein. Angesichts der wachsenden Zahl Alleinerziehender und von Ein-Kind-Familien wird die Kindergruppe zum unverzichtbaren Ort sozialen und interkulturellen Lernens.

Die Frankfurter SPD fühlt sich durch das **Tagesbetreuungs-Ausbaugesetz** der rot-grünen Bundesregierung in ihrem Kurs bestätigt. Unter unserer Verantwortung ist das Angebot bei der Kleinkinderbetreuung (unter Dreijährige) innerhalb der letzten fünf Jahre um 700 neue Plätze gestiegen. Dies entspricht einer Steigerung um über ein Drittel. Für die kommenden fünf Jahre wollen wir **jährlich 300 Plätze neu** einrichten. So können wir die angestrebte Versorgungsquote von 30 Prozent für alle 0- bis 3-jährigen Kinder bis zum Jahr 2011 erreichen.

Wir begreifen unsere Politik eines konsequenten **Ausbaus der Kinderbetreuung** als einen wichtigen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und damit zur Geschlechterdemokratie in unserer Stadt. Als weitere wichtige Bausteine unserer Politik sind ein **beitragsfreies letztes Kindergartenjahr** sowie die **flächendeckende Einführung der Ganztagschule** zu nennen.

Wir wollen die Kooperation mit Betrieben bei der Kinderbetreuung verstärken. Neben betriebseigenen Kinderbetreuungsangeboten fordern wir **flexible Arbeitszeitmodelle** für Mütter und Väter. Die Stadt Frankfurt am Main als Arbeitgeberin muss mit gutem Beispiel vorangehen und den bei ihr beschäftigten Eltern flexible Arbeitszeiten anbieten.

Wir wollen die Arbeitschancen für Frauen in der Wirtschaft erhöhen und den **Wiedereinstieg nach der Erziehungszeit** erleichtern. Dazu werden wir Anreize für Unternehmen schaffen, Frauen verstärkt einzustellen und zu fördern. Qualifizierungs- und Teilzeitangebote für Berufsrückkehrerinnen müssen zum selbstverständlichen Angebot werden. Das Projekt „FrauenMachtKarriere“ der Frankfurter IHK ist an dieser Stelle ein gutes Beispiel.

Darüber hinaus wollen wir das **Freizeit- und Erholungsangebot** für Kinder und Jugendliche weiter ausbauen. Wir wollen auch weiterhin ein enges Netz von Kinder- und Jugendeinrichtungen in den Frankfurter Stadtteilen. Bestehende Angebote werden verstärkt an den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen ausgerichtet und besser untereinander abgestimmt und vernetzt. So sind die Opern- und Mainspiele seit 2005 auch sonntags offen. Seit 2002 haben wir durchgesetzt, dass zwölf neue Einrichtungen für Kinder und Jugendliche wie die Teenieclubs oder der Kinderzirkus Zarakali geschaffen wurden.

In Stadtteilen wie Seckbach und Niederrad, wo es bisher keine Angebote für Jugendliche gibt, werden **neue Einrichtungen** geschaffen. Für den Neubau der Jugendhäuser in Ginnheim und Nied hat sich die Frankfurter SPD ebenso einge-

setzt wie für die Sanierung von Spielplätzen und Schulhöfen unter der Beteiligung von Kindern.

Sozialdemokratische Kinderpolitik wird weiterhin Projekte unterstützen, die das Forschen und Entdecken von Kindern fördern und Kinder für die demokratische Gesellschaft stark machen, wie z. B. Wald- oder Bauernhofprojekte. Solche Projekte sind gerade für Großstadtkinder wichtig. Deshalb wollen wir sechs neue Abenteuerspielplätze und mindestens einen Hallenspielplatz mit verträglichen Eintrittspreisen schaffen sowie die Aktivitäten der Spielmobile auf Schulhöfen ausweiten.

Wir sind der Ansicht, dass Spielplätze für Kinder und Bolzplätze für Jugendliche auch in der heutigen multimedialen Zeit als kostenloser Spiel- und Bewegungsraum in der Stadt, als Ort der Begegnung, ihre Berechtigung haben. Wir stehen dazu, dass auch in Zeiten leerer Kassen ausreichend finanzielle Mittel bereitgestellt werden müssen, damit bestehende Plätze auf den sicherheitstechnisch neuesten Stand gebracht und neue Plätze von Eltern mit Kindern, sofern gewollt, gemeinsam fantasievoll und ansprechend gestaltet werden können.

Die Frankfurter Museen sind auch für Kinder und Jugendliche attraktiv. Es gibt Führungen für Familien, Workshops für Kinder und Angebote für Kindergeburtstage. Im Rahmen der Reihe „**Saturday**“ bieten zahlreiche Frankfurter Museen am letzten Samstag im Monat ein kostenloses Familienprogramm an. Doch das reicht noch nicht aus. Alle Kinder müssen, auch wenn Ihre Eltern keine Museen mit ihnen besuchen, einen **Zugang zu unseren Kulturangeboten** erhalten. Projekte wie das „Kindermuseum unterwegs“, das die Kinder auf ihren Schulhöfen aufsucht, oder Angebote des Museums der Weltkulturen, Kultur in die Schulen zu bringen, gilt es auszubauen.

Gerade die zahlreichen Familien ohne Auto sind auf einen gut ausgebauten öffentlichen Nahverkehr angewiesen. Wir setzen uns für eine konsequente **Barrierefreiheit** aller Haltestellen und Fahrzeuge sowie für **günstigere Familientarife** ein.

1.f. Jugend in Frankfurt

Wir wollen, dass jeder Jugendliche eine gute Ausbildung erhält. Dabei gilt: Ausbildung hat Vorrang vor Arbeit. Um Chancengleichheit zu schaffen, fordern wir die Bereitstellung individueller Förderangebote für jede Schülerin und jeden Schüler. Die Stadt Frankfurt am Main muss als Arbeitgeberin wie auch als

Ausbilderin weiterhin mit gutem Beispiel vorangehen. Die Lücke im Ausbildungsbereich zwischen nichtdeutschen und deutschen Jugendlichen ist zu schließen, indem die Berufsbildungschancen insbesondere von Jugendlichen mit Migrationshintergrund verbessert werden.

In den Stadtteilen wollen wir sinnvolle und umfassende Freizeitangebote für Jugendliche. Neben dem Erhalt bestehender Jugendhäuser haben wir uns für deren Neubau in Ginnheim und Nied eingesetzt. Weitere sollen in Seckbach und Niederrad folgen. Unser besonderes Augenmerk liegt auf der Versorgung von Neubaugebieten, auch hier müssen von Beginn an Freizeitmöglichkeiten geschaffen werden.

Die SPD fordert eine stärkere Verankerung stadtteilspezifischer Aspekte in der Jugendhilfeplanung sowie eine größere Partizipation von Trägern und von Kindern und Jugendlichen selbst.

Über die Beteiligung an der Planung von Kinder- und Jugendangeboten hinaus sollten Kinder und Jugendliche im gesamten Alltag mitbestimmen können. Sie sind die Expertinnen und Experten, wenn es um ihr Leben geht. Wir wollen die junge Generation für eine Mitarbeit in der Stadtgesellschaft gewinnen. Hierfür brauchen wir vor allem eine verbesserte Information über die bestehenden Angebote zur Mitwirkung, mehr Möglichkeiten zur Partizipation in den Schulen sowie die Schaffung von Beteiligungsangeboten in den Stadtteilen. Jugendliche, die sich in Projekten und Vereinen engagieren, müssen Unterstützung und Anerkennung erfahren, z. B. durch die Vergünstigungen der Jugendleiterkarte.

Nicht nur bei der Einrichtung von Ganztagschulen muss darauf hingearbeitet werden, die Jugendhilfe besser an den Schulen zu verankern. In der Verwaltung fordern wir die Bündelung der Frankfurter Jugend- und Schulpolitik im Sozialdezernat. Vor Ort müssen sich die Schulen den Stadtteilen öffnen, gemeinsam mit vorhandenen Kinder- und Jugendeinrichtungen ist ein vernetztes Angebot zu schaffen. Ein erster Schritt dazu sind Projekte wie der „Mitternachtssport“ in Schulturnhallen. Je mehr es gelingt, die vorhandenen Räume in den Schulen für zusätzliche Aktivitäten zu nutzen, desto mehr werden die Schulen zu Lebensmittelpunkten in den Stadtteilen.

1.g. Einwanderung und Integration

Frankfurt am Main ist die internationalste Stadt Deutschlands. Wir sind stolz auf unsere bunte und tolerante Stadt, in der Menschen aus über 180 Nationen friedlich miteinander leben. Die Integration aller hier lebenden Menschen ist ein bundesweit beachtetes Erfolgsmodell – und bleibt doch konstante Aufgabe Frankfurter Kommunalpolitik, in unser aller Interesse. Nur die **gegenseitige Akzeptanz und Achtung** verschiedener Lebensweisen ermöglicht das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft. Wir setzen uns für die gleichrangige Teilhabe aller an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen ein. Voraussetzung ist, dass wir uns gemeinsam an den demokratischen **Werten des Grundgesetzes** orientieren. Die Grundrechte, die in Deutschland Menschen jeder Nationalität und jedes Geschlechts zustehen, dürfen nicht unter dem Vorwand von Religion oder Kultur aufgeweicht werden. Hier wissen wir uns mit der breiten Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt einig.

Wir halten es für richtig, wenn Migrantinnen und Migranten die deutsche Staatsbürgerschaft beantragen und damit dokumentieren, dass Deutschland zu ihrem Lebensmittelpunkt geworden ist. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen auch die **Integration und rechtliche Gleichstellung** der oft schon seit vielen Jahren hier lebenden Menschen ohne deutschen Pass. Deshalb treten wir weiterhin dafür ein, das bereits bestehende kommunale Wahlrecht für EU-Bürger auf alle hier seit Jahren lebenden Nicht-EU-Bürger auszuweiten.

Nach wie vor ist die Stadt Frankfurt als Arbeitgeberin gefordert. Bei der Besetzung von Ausbildungsplätzen mit nichtdeutschen Jugendlichen besteht ein großer Nachholbedarf. Die **Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund** im öffentlichen Dienst ist erheblich auszuweiten, da die Stadt auf allen Ebenen interkulturelles Verständnis und Kompetenz braucht.

Viele Migrantinnen und Migranten sind in unserer Stadt heimisch geworden. Sie sind gut ausgebildet, in Beruf und Gemeinwesen anerkannt und integriert. Trotzdem haben Menschen mit Migrationshintergrund oft schlechtere **Zugangschancen zu Bildung, Ausbildung und Beschäftigung**. Migrantinnen und Migranten sind überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen. Wir wollen ihnen helfen – durch Unterstützung beim Erlernen der deutschen Sprache sowie durch weitere spezielle Fördermaßnahmen – leichter Zugang zum Arbeitsmarkt zu finden. Auch fordern wir für Menschen nicht-deutscher Herkunft, die ihren

Lebensabend in Frankfurt verbringen, angemessene Hilfs-, Wohn- und Betreuungsmöglichkeiten. Die speziellen ethnokulturellen Bedürfnisse dieser Zielgruppe müssen verstärkt berücksichtigt werden. Auch für Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus gelten die Grundrechte. Ihre gesundheitliche Versorgung wollen wir durch die Fortführung der besonderen Angebote, wie Sprechstunden im Gesundheitsamt, weiterhin sichern. Wir werden uns gegenüber dem Land Hessen für eine Änderung des Schulgesetzes verwenden, die Kindern aus diesen Familien den Schulbesuch ermöglicht.

Das ökonomische Potenzial ausländischer Unternehmen ist wichtig für unsere Stadt. **Beratung und Förderungsangebote für Existenzgründer** müssen verstärkt auch auf ausländische Firmen ausgerichtet werden. Ausbildungsverbände ausländischer Unternehmer sind zu unterstützen.

Vereine von Migrantinnen sollen weiterhin gefördert und miteinander vernetzt werden. Die Teilhabe von Migrantinnen und Migranten am kulturellen Angebot der Stadt Frankfurt am Main ist wichtig. Der kulturellen Bildung von Kindern und Jugendlichen kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Die lange geforderte Migrationsausstellung im Historischen Museum ist ein wichtiger Beitrag zu Bildung kultureller Identität. Frankfurt ist Heimat für Bürgerinnen und Bürger nicht-deutscher Herkunft geworden. Die Förderung der Integration der verschiedenen Generationen, sozialen Schichten, Nationalitäten und Überzeugungen ist notwendig. Sie findet ihren Ausdruck auch in der „Parade der Kulturen“, die mittlerweile jährlich stattfindet.

Stadtplanung und Wohnungspolitik müssen die soziale und kulturelle Konzentration von gleichartigen ethnisch-sozialen Gruppen verhindern und die notwendige **Mischung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen** in den Stadtteilen fördern. Mit dem „Frankfurter Modell“ bei der Belegung geförderter Wohnungen ist ein erster Schritt in diese Richtung erfolgt.

Wir wollen Frankfurt zur **bundesweiten Modellstadt für gelungene Integration** von Menschen anderer Herkunft machen. Darin liegt die große Chance unserer Stadt in einer globalisierten Welt. Die zentrale Aufgabe dabei ist es, Kinder und Jugendliche ausländischer Herkunft zu unterstützen und zu fördern, damit sie in unserer Stadt erfolgreich sein können. Das bedeutet, besondere Auszeichnungen und Unterstützungen wie etwa Stipendien für begabte Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund, und es bedeutet vor allem eine frühe Förderung der Sprachkompetenz. Dazu wollen wir bereits am Ende des vierten Lebensjahres

eine **stadtweite Sprachstandserhebung** durchführen. Daran anschließend werden wir Fördermaßnahmen anbieten, die dazu beitragen, dass bei der Einschulung alle Kinder auf einem ähnlichen Sprachniveau sind, damit ein einheitliches Unterrichtstempo in allen Frankfurter Schulen möglich ist.

1.h. Altern in Frankfurt

Schön, dass immer mehr Menschen ein hohes Alter erreichen. Waren im Jahr 2000 bundesweit erst 17 Prozent der Bevölkerung über 65 Jahre alt, so werden es im Jahr 2050 voraussichtlich etwa 30 Prozent sein. In Frankfurt am Main ist der Anteil der Älteren noch höher – so sind jetzt schon 32 Prozent über 60 Jahre alt. Deshalb müssen wir solidarische Gesellschaftsstrukturen stärken und neue Formen des Miteinanders von Jung und Alt definieren.

Auf kommunaler Ebene wollen wir das Leben der Älteren so verbessern:

Wir brauchen ein neues Bild vom Altwerden und Altsein. Unser Ziel ist eine von Wertschätzung für alte Menschen geprägte Gesellschaft, in der alle Raum für ein aktives Leben haben. Unser Ziel ist es, das **aktive Altern** zu unterstützen.

Um ein langes aktives, **selbstbestimmtes Leben der Älteren** zu ermöglichen, muss die Kommune entsprechende Angebote zur Freizeitgestaltung und auch zur gesundheitlichen Prävention machen. Wir werden die umfassende Förderung von Kultur-, Freizeit- und sportlichen Angeboten kirchlicher und freier Träger sowie der städtischen Institutionen fortsetzen. Parallel dazu wollen wir ein Umfeld schaffen, das Seniorinnen und Senioren **größtmögliche Mobilität und angstfreie Bewegung** in der Stadt garantiert.

Alte Menschen werden heute anders wahrgenommen als früher, denn sie bleiben länger aktiv und sind vielerorts **Leistungsträger** für die Gemeinschaft. In den Familien sind sie nicht nur Hilfsbedürftige, sondern auch Helfende, die wichtige Beiträge zur Familienarbeit leisten, zum Beispiel bei der Kinderbetreuung. Auch das ehrenamtliche Engagement in Vereinen, Institutionen und Parteien wäre ohne die Menschen über 60 nicht mehr denkbar. Wir wollen mehr gesellschaftliche Anerkennung für dieses freiwillige bürgerschaftliche Engagement, deshalb fordern wir die Ehrenamts-Card für Frankfurter Seniorinnen und Senioren.

Mit einer umfassenden **Kultur des Helfens auf Gegenseitigkeit**, sei es beim quartiersbezogenen Zusammenleben von Jung und Alt oder bei der solidari-

schen Gemeinsamkeit Älterer, die sich gegenseitig unterstützen, können wir den demographischen Wandel unserer Gesellschaft bewältigen.

Es ist wichtig, dass die **politische Mitbestimmung** der Älteren gerade bei Entscheidungen über ihre Lebensumstände sichergestellt wird. Deshalb werden wir sie bei der Fortschreibung des begonnenen „Altenhilfeplans“ der Stadt Frankfurt am Main beteiligen („partizipative Altersplanung“). Weil die Betroffenen am besten wissen, was sie brauchen, werden wir den Dialog mit Frankfurter Seniorinnen und Senioren sowie ihren Gremien intensiv weiterführen.

90 Prozent der älteren Frankfurterinnen und Frankfurter **wohnen im Alter** in den eigenen vier Wänden. Der hohe Anteil von Ein-Personen-Haushalten in Frankfurt besteht nicht nur aus berufstätigen Singles, sondern vielfach aus allein gebliebenen Seniorinnen und Senioren. Sie haben oft kaum oder keinen Familienanschluss und sind auf vernetzte Nachbarschaften sowie wohnortnahe Hilfsangebote angewiesen, um dauerhaft selbstständig leben zu können.

Zum selbstbestimmten Leben bedarf es vielfältiger Wohn-Angebote. Deshalb wollen wir

- dem Wohnungsamt ein **Beratungsbüro für Wohnen im Alter** angliedern, das Bürgerinnen und Bürger informiert und bei Planungen unterstützt.
- öffentliche Gebäude und Wohnungen zunehmend **barrierefrei** bauen.
- in den städtischen Altenwohnanlagen wieder einen **24-Stunden-Pförtnerdienst** einführen und Einkaufsdienste anbieten.
- die städtischen Altenpflegeheime weiter zu Zentren mit **gestaffelten Angeboten** entwickeln, von eigenständigem Wohnen mit geringfügiger Hilfe im Haushalt bis zur stationären Pflege.
- bei der Umwandlung von Büro- zu Wohnraum eine **barrierefreie Modell-Wohngemeinschaft** mit Privat- und Gemeinschaftsräumen für Menschen über 65 Jahre einrichten.
- bestehende Modelle für Seniorenwohngemeinschaften auswerten und weiter entwickeln.
- **alternative Wohnformen** für Ältere fördern, denn ohne solche Alternativen bestünde bundesweit ein zusätzlicher Bedarf an 700.000 Heimplätzen bis 2050.
- ausreichend Plätze für „**beschützendes Wohnen**“ (wie in Demenz-Wohngemeinschaften) bereitstellen.
- barrierefreie **Wohnraumanpassung** unter Ausschöpfung der bestehenden Richtlinien umsetzen, um Älteren das Verbleiben in der eigenen Wohnung zu ermöglichen.

- im städtischen Haushalt in Form eines „Modell-Topfes“ Mittel für innovative **generationenübergreifende Wohnideen** bereitstellen.
- den Erhalt und Ausbau der gleichmäßigen Verteilung von Hilfs- und Wohnangeboten für Ältere über die **Stadtteile** und Stadtbezirke betreiben.

Wir wollen ein dichtes **kommunales Geriatrie-Netz**. Dazu müssen wohnortnahe geriatrische Einrichtungen in Frankfurt auf- und ausgebaut werden. Die geriatrische Medizin hat zum Ziel, dem kranken und behinderten Menschen so lange wie möglich zu einem weitgehend unabhängigen und eigenständigen Leben zu verhelfen. Dies ist nicht nur menschlich der richtige Weg, sondern auch wirtschaftlich sinnvoll. Deshalb wollen wir

- den örtlichen Kliniken und Pflegeeinrichtungen angegliederte stationäre und teilstationäre geriatrische Versorgungsangebote.
- den Ausbau ambulanter geriatrisch-rehabilitativer Tageskliniken.

Heute werden etwa 80 Prozent der Pflegebedürftigen zu Hause von – meist weiblichen – Angehörigen versorgt; diese **häusliche Pflege** wird in den kommenden Jahren sehr stark abnehmen. Umso wichtiger ist es, dass entsprechende **mobile, ambulante und stationäre Angebote** vorgehalten werden, um jedem und jeder in unserer Stadt die erforderliche Pflege zukommen zu lassen.

Wir wollen möglichst „maßgeschneiderte“ Hilfen für alle Bedürfnisse, von der geringfügigen Assistenz bei der Bewältigung des Alltags bis hin zur 24-Stunden-Pflege. Dazu brauchen wir verschiedenste Angebote der freien und öffentlichen Träger, die nach gleichen Kriterien bewertet werden und bestimmte Mindeststandards erfüllen müssen.

Wir fordern eine **Pflege**, die

- auch bei umfassender Hilfsbedürftigkeit **die Person achtet**.
- über praktische Hilfe hinaus **menschliche Unterstützung** bietet.
- den Pflegebedürftigen nicht „abschreibt“, sondern in allen Phasen seines Lebens zu **reaktivieren** versucht.
- den Lebensweg und die **individuellen Bedürfnisse** der zu Pflegenden achtet z. B. durch Konzepte für interkulturelle Pflege und für homosexuelle Alte.
- durch die **Ermittlung** der konkreten häuslichen oder stationären **Pflegesituation** den Bedürfnissen des/der Einzelnen gerecht wird.
- von gut bezahltem und durch konstante Fortbildung **gut geschultem Personal** vorgenommen wird.
- durch den **fachlichen Austausch** im „Frankfurter Forum für Altenpflege“ auf dem neuesten Stand bleibt.
- von der **Heimaufsicht** kontinuierlich überprüft wird.

Altenhilfe und Pflege sind **generationenübergreifende Aufgaben**. Für die Zukunft brauchen wir in der Pflege noch mehr bürgerschaftliches Engagement. Damit soll auch den Angehörigen die Vereinbarkeit von Pflege und einer eigenen Berufstätigkeit ermöglicht werden. Wir werden **nachbarschaftliche Netzwerke** und ehrenamtliche Gruppen, z. B. von Angehörigen der Pflegebedürftigen zur gegenseitigen Entlastung, stärker fördern. Dafür wollen wir im nächsten Haushalt zusätzliche Mittel bereitstellen, die bei Bedarf abgerufen werden können.

Eine Pflege, die nicht nur ökonomischen Zwängen unterworfen ist, sondern die Bedürfnisse der einzelnen Person ins Zentrum stellt, braucht eine bessere finanzielle Ausstattung. Präventions- und Rehabilitationsleistungen müssen in den Gesundheits- und Sozialgesetzen verankert werden. Deshalb werden wir uns über die kommunale Ebene hinaus in Land und Bund für diesbezügliche Reformen einsetzen.

Im Jahr 2001 wurde auf Initiative der SPD-Fraktion im Römer von der Stadtverordnetenversammlung Mittel bereitgestellt, um in den Frankfurter Altenpflegeheimen die psychosoziale Betreuung zu verbessern – so entstand das **Frankfurter Sofortprogramm**. Wir wollen die Fortführung dieses bundesweit beachteten kommunalen Programms, denn es hat sich bewährt und in den Heimen die Betreuung der Bewohnerinnen und Bewohner im zwischenmenschlichen Bereich verbessert. Unser Ziel ist es aber auch, dass in Zukunft die psychosoziale Betreuung in den Heimen von den Pflegekassen übernommen wird.

Die demographische Entwicklung deutet auf einen starken Anstieg des Anteils **älterer Migrantinnen und Migranten** an der Frankfurter Bevölkerung hin. Auch wenn einige im Alter in ihr Herkunftsland zurückkehren oder zwischen beiden Ländern pendeln werden, bleibt die Tatsache bestehen, dass sie ein Recht auf angemessene Hilfs-, Wohn- und Betreuungsmöglichkeiten **für ein würdevolles Altern in Frankfurt** haben. Dafür werden wir uns einsetzen:

- Auf- und Ausbau offener Begegnungsstätten und interkultureller Seniorentreffs
- mehr Pflegestationen, die den hier vertretenen Kulturen angepasst sind wie beispielsweise im Victor-Gollancz-Haus
- Weiterentwicklung der mehrsprachigen Informationen über die Angebote der stationären und ambulanten Altenhilfe

1.i. Lesben und Schwule in Frankfurt

Frankfurt am Main ist Heimat für viele **Lesben und Schwule**. Sie tragen zum bunten, vielfältigen Leben in unserer Stadt bei. Allerdings ist die soziale, kulturelle und ökonomische Infrastruktur oft nicht ausreichend auf ihre Bedürfnisse eingestellt.

Wir Sozialdemokraten werden auch weiterhin Organisationen wie die Lesben Informations- und Beratungsstelle e. V. (LIBS) unterstützen und fordern darüber hinaus weitere Initiativen in der Jugendhilfe, um in der Phase des Coming-Out Unterstützung zu bieten.

Es muss noch einiges getan werden, damit die **spezifischen Problemlagen** von Lesben und Schwulen und deren Kindern sensibler wahrgenommen und sie vor Ausgrenzung oder Diskriminierung geschützt werden. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben uns immer für eine Gleichstellung aller Menschen eingesetzt, unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung. Wir erklären uns solidarisch mit homosexuellen Frankfurterinnen und Frankfurtern, wenn sie diskriminiert werden, ob bei der Wohnungssuche, am Arbeitsplatz oder in der Schule.

Leider sind Lesben und Schwule nach wie vor überdurchschnittlich häufig von Gewalt betroffen. Deshalb fordern wir, dass der **Präventionsrat** in seinen Kampagnen die Bevölkerung entsprechend sensibilisiert.

In allen Lebensbereichen muss ein **vorurteilsfreier Umgang** mit Homosexuellen und ihren Familien gefördert werden – diese **Querschnittsaufgabe** ist unter anderem durch Fortbildungen des städtischen Personals und eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit zu erreichen.

Wir stehen dafür, dass der **Christopher Street Day (CSD)** einen sicheren Platz in Frankfurts Festkalender hat.

Wir wollen, dass ein fachorientiertes Gesprächsforum für Lesben und Schwule in Nachfolge des Runden Tisches fortgeführt wird, zudem von allen städtischen Ämtern Ansprechpartnerinnen oder -partner für spezifische schwul-lesbische Belange benannt und die Antidiskriminierungs-Richtlinie der Stadtverwaltung fortentwickelt wird.

Eine Forderung der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Römer war und bleibt die Gleichstellung bei Eintragung von **Lebenspartnerschaften**. Lesben und Schwule sollen wie gleichgeschlechtliche Paare am Wochenende

und an den alternativen standesamtlichen Standorten Palmengarten, Main Tower und Seckbacher Rathaus ihre Partnerschaft begründen können.

1.j. Ehrenamt

Ohne ehrenamtliche Arbeit ist unsere Stadt nicht vorstellbar. Gemeinsinn und Engagement in Vereinen und Institutionen bilden die Grundlage für ein solidarisches Zusammenleben. Deshalb wollen wir **ehrenamtliche Arbeit** weiterhin finanziell fördern und die bürokratischen Hürden abbauen. Wir wollen ein Konzept für die offizielle Bescheinigung ehrenamtlicher Tätigkeiten entwickeln, sodass im ehrenamtlichen Engagement erworbene soziale Kompetenz im Berufsleben nachgewiesen werden kann.

Wir wollen ehrenamtliches Engagement durch die Einführung einer **Ehrenamts-Card** würdigen, anerkennen und fördern. Besitzerinnen und Besitzer der Ehrenamts-Card sollen eine Reihe von vergünstigten und kostenlosen Angeboten in der Stadt wahrnehmen können.

Die SPD wird sich verstärkt darum bemühen, aus dem aktiven Berufsleben ausgeschiedene Bürgerinnen und Bürger für ehrenamtliche Arbeit zu gewinnen.

Viele Menschen sind schon sehr früh aus dem Arbeitsleben ausgeschieden, gleichzeitig steigt die Lebenserwartung. Ältere Menschen haben viele Talente und Erfahrungen, die genutzt werden könnten. Diese Mitbürgerinnen und Mitbürger sind oft bereit, ihre Arbeitskraft zum Nutzen der Gesellschaft ehrenamtlich einzubringen. Das **BüroAktiv** z. B. vermittelt sie dorthin, wo sie gebraucht werden. Deren Knowhow unterstützt junge Menschen bei ihrer beruflichen Qualifizierung und bei Existenzgründungen.

Wir unterstützen auch das Bemühen **der Freiwilligenagentur** noch mehr Frankfurterinnen und Frankfurter aller Altersgruppen für die ehrenamtliche Arbeit zu gewinnen. Wir begrüßen die Projekte „Cool net“ für Jugendliche, „Lesemäuse“ für Erwachsene, die Kinder an Literatur heranführen wollen und das Bewerbungstraining für Jugendliche, das von berufserfahrenen Erwachsenen angeboten wird.

1.k. Vereine

Wir wollen die Vielzahl verschiedenster Vereine in Frankfurt erhalten. Sie prägen das Leben in den Stadtteilen und tragen entscheidend dazu bei, dass sich die Frankfurterinnen und Frankfurter heimisch fühlen. In **demokratischen Strukturen** organisieren sich Menschen, die ihre Freizeit zusammen verbringen und sich für gemeinsame Ziele und Interessen begeistern. Die Frankfurter Vereine sind Vorbild für ein **friedliches Miteinander** ungeachtet ethnischer, sozialer und Altersunterschiede. Der Zusammenhalt in den Vereinen fördert nicht nur die **Bindung** an unsere Heimatstadt, er bereichert den Alltag, führt zu neuen Bekanntschaften, gibt immer wieder frische Anregungen und beugt der Einsamkeit – gerade im Alter – vor.

Wir werden die Vereine weiterhin bei der Jugendarbeit unterstützen. Viele **junge Menschen** wachsen ja in und mit ihren Vereinen auf. Sie lernen dort generationenübergreifende Zusammenarbeit, demokratische Spielregeln und sozialverträgliche Konfliktbewältigung im Alltag. Eine funktionsfähige Vereinslandschaft leistet auch einen unverzichtbaren Beitrag zur **Prävention**. Beispielsweise hilft die sportliche Betätigung von Kindern und Jugendlichen, deren Alltag oft eher bewegungsarm ist, beim Aggressionsabbau. Die Verankerung von Vereinen vor Ort ermöglicht ihnen vielfach, entstehende Probleme frühzeitig zu erkennen, zu benennen und an deren Lösung mitzuwirken. So gestalten die Vereine oft auch die Arbeit in den Ortsbeiräten oder den lokalen Präventionsräten entscheidend mit.

Frankfurt hat das **dichteste Netz von Bürgerhäusern** in der Bundesrepublik. Wir wollen, dass das so bleibt. Fast zwei Millionen Menschen nehmen jährlich das Angebot der Saalbau-Einrichtungen wahr. Diese bieten dem reichhaltigen Frankfurter Vereinslebensleben Orte der Begegnung. Deshalb setzen wir uns nach wie vor für die Bestandsgarantie der Bürgerhäuser ein.

Damit die Vereine neben den kommerziellen Freizeitangeboten bestehen können, brauchen sie außer dem hervorragenden ehrenamtlichen Engagement ihrer Mitglieder auch **finanzielle Unterstützung** seitens der Stadt. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass Vereinsringe und Vereine städtische Mittel erhalten.

2. Attraktive Stadt

2.a. Region

Wir wollen eine bessere Kooperation der Gebietskörperschaften innerhalb der **Wirtschaftsregion Rhein-Main**, deren Motor Frankfurt ist. Wenn sie gemeinsam antreten, sind die Städte und Gemeinden der Region wettbewerbsfähig mit anderen Spitzen-Wirtschaftsstandorten in Europa und der Welt. Gleichzeitig stehen die Städte und Gemeinden der Region selbst in einem **regionalen Wettbewerb** um Unternehmensansiedlungen und Wohnbevölkerung. Wir Frankfurter Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten begreifen diese Konkurrenz nicht als Nachteil, sondern als Ansporn und Herausforderung, besser zu sein als das Umland.

Frankfurt am Main muss weiter regional aktiv sein und der Region partnerschaftliche Angebote zur Zusammenarbeit machen. Diese **freiwilligen Kooperationen** können Kosten sparen und sind geeignet, bei den Bürgerinnen und Bürgern das Bewusstsein für ihre Verankerung in der Region wecken. Neben der bereits in Angriff genommenen Kooperation bei der

Wirtschaftsförderung ist eine Zusammenarbeit insbesondere auf den Gebieten der Tourismusförderung sowie der Kultur-, Freizeit- und Sportpolitik wünschenswert. Die Gründung der „Kulturregion Frankfurt Rhein-Main GmbH“ wird von uns begrüßt und unterstützt.

Der **finanzielle Interessenausgleich** muss verbessert werden. Es kann nicht angehen, dass Frankfurt z. B. die überregional bedeutsamen Kultureinrichtungen zu 90 Prozent finanziert, während gleichzeitig die Umlandgemeinden die Unternehmen mit niedrigen Gewerbesteuersätzen aus der Stadt locken.

Die wechselseitige räumlich-funktionale Abhängigkeit innerhalb des Rhein-Main-Gebietes macht eine tragfähige Kooperation zwischen der Stadt Frankfurt am Main und der Region zur Voraussetzung für eine nachhaltige regionale Entwicklung. Das gegenwärtige Ballungsraumgesetz wird diesem Anspruch nicht gerecht. Die Frankfurter SPD wird sich auf allen politischen Ebenen für die Schaffung eines **Regionalkreismodells** einsetzen. Unter der Voraussetzung, dass durch eine direkt gewählte Volksvertretung eine parlamentarische Kontrolle gewährleistet wird, befürworten wir Kompetenzübertragungen auf die neue Organisationseinheit. Die Hessische Landesregierung ist aufgefordert, ihre Bedenken ge-

genüber einer verfassten Region Frankfurt-Rhein-Main zu überwinden und den Prozess aktiv zu unterstützen. Dies schließt auch Überlegungen zur Vereinfachung der Verwaltungsstruktur ein. Wir fordern die **Abschaffung der Regierungspräsidien**.

Der **Regionalpark** ist dort, wo er bereits Gestalt angenommen hat, durch seine Kombination von Kunstwerken, Aussichtspunkten, Biotopen und historisch interessanten Bauwerken sowie durch seine attraktiven Fuß- und Radwegführungen zu einem wichtigen Element der Identifikation mit der Region geworden.

Wir wollen den **Grüngürtel** zu einem integralen Bestandteil des Regionalparks machen und die Entwicklungsgrundsätze des Regionalparks auf den Grüngürtel anwenden, um ihn so von einem abstrakten Planungsinstrument zu einer sinnlich erfahrbaren Leitidee für Stadt und Region zu machen. Die **Route der Industriekultur** bewahrt das Gedächtnis an den Prozess der Industrialisierung, der die Entwicklung von Stadt und Region prägte. Regionalpark und Route der Industriekultur sind für uns wichtige Elemente der Identifikation mit unserer Heimat.

2.b. Verkehr

Im Mittelpunkt unserer Verkehrspolitik steht die Stärkung **des Umweltverbundes aus öffentlichem Nahverkehr, Fuß- und Radverkehr**. Das abgestufte System aus S-Bahn, U-Bahn, Straßenbahn und Bus, das auf die Konzeption des früheren sozialdemokratischen Oberbürgermeisters Walter Möller zurückgeht, hat sich bewährt und muss weiter ausgebaut und komplettiert werden.

Wir wollen eine bürger- und umweltfreundliche **Erschließung der neuen Frankfurter Baugebiete**. Deshalb befürworten wir zur Erschließung des großen Neubaugebietes Riedberg und zur Verbesserung der Anbindung des Frankfurter Nordens an den Hauptbahnhof den Bau der D-Linie sowie die U-Bahn-Linie ins Europaviertel. Zur Erschließung der neuen Baugebiete Preungesheim Ost und Friedberger Warte sowie am Frankfurter Berg ist der Bau einer neuen Straßenbahnlinie von der Friedberger Landstraße über den Nibelungenplatz nach Preungesheim Ost sowie die Verlängerung der U5 zum Frankfurter Berg dringend notwendig, ebenso der Bau einer neuen Straßenbahnlinie durch die Gutleutstraße zur Erschließung des Neubaugebietes Westhafen. Ein künftiges Neubaugebiet soll als autofreies Wohngebiet ausgewiesen werden.

Der dringend notwendige und von einer schwarz-grünen Mehrheit drei Jahre lang verschleppte Bau der **nordmainischen S-Bahn** muss endlich realisiert wer-

den. Wo noch nicht geschehen, ist der Betrieb der S-Bahn durch den Bau besonderer Gleise vom Fern- und Güterverkehr zu trennen, um so die Pünktlichkeit der S-Bahn zu verbessern.

Zur Komplettierung des **Stadtbahn-Netzes** befürworten wir die Verlängerung der bestehenden Stadtbahn-Linien von der Seckbacher Landstraße zum Atzelberg, vom Südbahnhof über die Sachsenhäuser Warte nach Neu-Isenburg und von der Seckbacher Landstraße über den Riederwald nach Bergen. Dabei sollten Kosten sparend die bestehende Trasse am Sausee und die ehemalige Straßenbahntrasse genutzt werden.

Die Defizite der radialen Schnellbahnstrecken in die Frankfurter Innenstadt kommen immer deutlicher zum Vorschein. Deshalb befürworten wir den Bau der **Regionaltangente West**. Angesichts der weiter steigenden Bedeutung des Flughafens und zur Stärkung des Bahnhofes Höchst als Nahverkehrsdrehkreuz muss dabei der Abschnitt zwischen Flughafen und Höchst vordringlich realisiert werden. In diesem Zusammenhang ist auch die Straßenbahn von der Zuckschwerdtstraße zum Bahnhof Höchst zu verlängern. Ebenso unterstützen wir den Bau einer **Straßenbahnringlinie**. Der genaue Trassenverlauf ist noch festzulegen, hierbei ist darauf zu achten, dass vorhandene bewährte Verbindungen erhalten bleiben und keine irreparablen Eingriffe in sonstige vorhandene Infrastruktur erfolgen. Eine neue Strecke von der Konstablerwache über die Alte Brücke nach Sachsenhausen soll die dortige innerstädtische Lücke schließen.

Das neu geschaffene **Nachtbusangebot** an den Wochenenden hat sich hervorragend bewährt und sollte auf die Wochentage ausgedehnt werden.

Die neuen Tarifförmlichkeiten **Job-Ticket**, **Kombi-Ticket** und **Semesterticket** haben sich bewährt und müssen beibehalten werden. Für Familien und Kleingruppen sind die Tarife oft zu hoch. Hier befürworten wir die Einführung günstigerer Tarifmodelle.

Wir wollen ein stadtweites, zusammenhängendes **Fußwegenetz**, denn ein großer Teil der innerstädtischen Wege wird zu Fuß zurückgelegt. Weil die Bürgerinnen und Bürger immer älter werden, müssen die Fußgängerwege kürzer, sicherer und bequemer werden. Und wir bleiben dabei: Zeil und Hauptwache gehören zusammen. Die Zeil soll mit dem Platz an der Hauptwache zu einer gemeinsamen **Fußgängerzone** verbunden werden, dazu wird der störende, bisher über die Hauptwache führende Straßenzug im Interesse der Fußgänger für den Autover-

kehr geschlossen. Wir fordern die Erarbeitung eines stadtweiten, zusammenhängenden **Fußwegenetzes**, das nach einheitlichen Grundsätzen (ähnlich dem Wiener Masterplan) gestaltet werden soll.

Wir werden dafür sorgen, dass alle neuen Stationen des öffentlichen Nahverkehrs **grundsätzlich barrierefrei** errichtet und bestehende Stationen entsprechend nachgerüstet werden. Der Fahrzeugbestand der Straßenbahn ist konsequent auf Niederflurfahrzeuge umzustellen. Tage- bis wochenlange Ausfälle von Rolltreppen und Aufzügen in U- und S-Bahn-Stationen sind nicht zu akzeptieren. Wir werden Druck auf die verantwortlichen Verkehrsbetriebe ausüben, damit sie diesen Missständen schneller als bisher abhelfen.

Das **Radwegenetz** muss weiter ausgebaut werden, dabei sind Rad- und Gehwege konsequent voneinander zu trennen. Die Entschärfung von Gefahrenpunkten hat dabei Vorrang. Weiterhin unterstützen wir die zügige Ausweitung des Radfahrens gegen die Einbahnstraße, wo möglich. Auch wollen wir für eine bessere Verzahnung von Fahrrad und öffentlichem Personennahverkehr (ÖPNV) sorgen. Wir fordern den Bau von kostenlosen Fahrradboxen an zentralen ÖPNV-Knotenpunkten ebenso wie an Park-and-ride-Anlagen am Stadtrand. Angebote wie Car Sharing sind weiter zu fördern.

Die Umsetzung des Programms **Tempo 30 in Wohngebieten** hat sich bewährt. Zum Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner müssen die Geschwindigkeitsbeschränkungen konsequent in Wohngebieten, insbesondere vor Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen und Altenwohnanlagen überwacht werden. Nachdem eine neue Rechtsgrundlage geschaffen wurde, ist das **Bewohnerparken** zügig erneut einzuführen und um zusätzliche Wohngebiete zu erweitern.

Das **Frankfurter Straßennetz** ist gut ausgebaut und bedarf nur noch geringer Ergänzungen. Mit dem südmainischen Anschluss der Leunabrücke sind die geplanten **Verkehrsberuhigungsmaßnahmen** in Höchst zügig umzusetzen. Die Westumfahrung Unterliederbach ist Voraussetzung für die Realisierung des dortigen Baugebietes. Nach der Inbetriebnahme des Riederwaldtunnels müssen Verkehrsberuhigungsmaßnahmen in Seckbach und im Riederwald erfolgen; die Nutzung von Paralleltrassen durch den Schwerlastverkehr ist zu unterbinden. Die Ortsumfahrung Praunheim mit möglicher unterirdischer Weiterführung zum Nordwestzentrum entlastet den alten Ortskern.

Dagegen lehnen wir den Bau des **Alleentunnels** oder einer Alleenspanne ab, da sie nur weiteren Verkehr in die Bereiche innerhalb des Alleenringes leiten und den überregionalen Fernverkehr ins Stadtgebiet führen würden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass entlang der Autobahnen A5 und A661 bei Praunheim, Nordweststadt, Niederursel, Kalbach und Nieder-Eschbach der seit Jahren geforderte **Lärmschutz** endlich verwirklicht wird. Auf Initiative der SPD hat die Stadt Frankfurt am Main eine Klage gegen das Land Hessen beschlossen, das dort die Standspuren ohne Lärmschutzmaßnahmen für den fließenden Verkehr freigegeben hat. Wir werden darauf achten, dass diese Klage weiter betrieben wird.

2.c. Kultur

Die **Region Frankfurt-Rhein-Main** ist eine europäische, kulturell vielfältige Metropolregion. Kaum eine andere Region Europas verfügt über einen solchen Reichtum an Literatur, Musik, Theater, Bildender Kunst und volkstümlicher Traditionspflege wie die Rhein-Main-Region. Hier ist Kultur nicht nur Standortfaktor, sondern lebendiges Erbe und Ausdruck der täglich erfahrenen Gegenwart sowie Basis für Kreativität. Die „Leuchttürme“ der Region sind in hohem Maße in Frankfurt am Main konzentriert. Mit dem Prestige Frankfurts steht und fällt auch die Ausstrahlung der Region. **Was für Frankfurt gut ist, ist auch gut für die Region.**

Die Frankfurter SPD will die **regionale Zusammenarbeit** auf kulturellem Gebiet. Wir lehnen den von der Hessischen Landesregierung vorgeschlagenen Zwangsverband ab und setzen stattdessen auf freiwillige Zusammenschlüsse. Seit Jahrzehnten ist die Finanzierung „hauptstädtischer Kulturarbeit“ in Frankfurt am Main durch das Land Hessen überfällig. Frankfurt muss endlich anderen hessischen Kommunen gleichgestellt werden. Wir werden dazu beitragen, Kultur und Wissenschaft zu stärken und zu fördern. Sie sind harte wirtschaftliche Standortfaktoren, aber sie sind auch immer mehr: in enger Verknüpfung mit bürgerschaftlichem und politischem Engagement klären sie Probleme auf und verweisen auf Lösungen in der Zukunft. Aber sie benötigen, um sich entfalten zu können, auch Autonomie und die Gewähr, nicht vorschnell vereinnahmt und instrumentalisiert zu werden. Kultur, Wissenschaft und Politik sind in Frankfurt in diesem Sinne eine Beispielgebende Verbindung eingegangen und haben Modernität, wohlverstandener Liberalität und urbanem Selbstverständnis immer wieder auch Wirkungsstätten und Entwicklungschancen eingeräumt.

In diesem Sinne haben sowohl die eigensinnige Hochkultur als auch die experimentelle und freie Kunstformen ihre „Heimat“ gefunden.

In diesem Sinne wirken die politischen Selbstreflexionsprozesse etwa der „Römerberggespräche“ in die Stadt.

In diesem Sinne versteht sich Frankfurt am Main als traditionsreiche und weltweit anerkannte Wissenschaftsstadt.

Wir wollen den „**harten Standortfaktor Kreativität**“ stärken. Denn von Frankfurt am Main gingen schon immer Impulse für „neues“ Sehen, Hören und Denken aus. Der internationale Ruf Frankfurts als Stadt der Künste und der Kultur konnte in den letzten Jahren weiter gefestigt und ausgebaut werden. Hier läuft man Trends nicht hinterher, sondern macht sie. Dies sehen auch zahlreiche Unternehmen so, die auf den Output ihrer kreativen Köpfe angewiesen sind. Frankfurt ist ein europäisches Zentrum und Anziehungspunkt der „kreativen“ Werbewirtschaft. Rund um den Internetknotenpunkt hat sich eine bunte Industrie aus Mediendesignern und ideenreichen Spezialfirmen angesiedelt. Frankfurt hat viele Kulturinstitutionen von internationalem Rang, die wir weiterhin fördern wollen.

Wir wollen das **Frankfurter Museumsufer** noch attraktiver machen. Es hat sich mit seinen renommierten **Museen** zu einer bedeutenden Marke entwickelt, es ist eine in der Bundesrepublik und weltweit anerkannte Museumslandschaft. Ausstellungen auf höchstem Niveau locken regelmäßig Besucherinnen und Besucher nicht nur aus Frankfurt, sondern aus der Region, der Republik, ja aus der ganzen Welt in die Stadt. Die Zahl der Besucher in Frankfurts Museen stieg in den vergangenen fünf Jahren um 40 Prozent. Wir wollen eine Öffnung der Museen auch in den Abendstunden. Die Frankfurter Museumsufer Card wurde inzwischen mit mehr als 3.000 Jahreskarten bundesweit zum Marktführer. Auch die **Nacht der Museen** ist mit mehr als 40.000 zahlenden Besuchern eine feste Größe im Frankfurter Kulturleben.

Wir wollen das Bewusstsein für die große Bedeutung **zeitgenössischer Kunst** für Frankfurt am Main weiter stärken. Kunsthalle Schirn, Städelschule, Kunstverein, Galerien, Schauspiel, Oper, Alte Oper, Künstlerhaus Mousonturm, Ensemble Modern, Museum für moderne Kunst, Hochschule für Musik und darstellende Kunst, Konservatorium und viele andere Institutionen, Jazz, Rock, Pop, Techno, Hip Hop und andere machen unsere Stadt zu einem Zentrum der Kultur. Die Vielfalt der hier lebenden Nationen spiegelt sich auch in der hier gelebten kulturellen Vielfalt wider. Dem Museum der Weltkulturen mit seinem reichen Bestand an Ausstellungsobjekten kommt bei der Vermittlung der kulturellen Identitäten eine herausragende Bedeutung zu. Deshalb setzt sich die SPD für eine Ausstellungshalle ein, die das Museum dringend benötigt.

Frankfurt ist eine **Theaterstadt**. Mehr als eine Million Menschen hat im vergangenen Jahr Frankfurts Bühnen besucht. Die Frankfurter Oper setzte neue Maßstäbe und wurde „Oper des Jahres“. Für ihr Programm erhielt die Alte Oper die Auszeichnung „Konzerthaus des Jahres“, und das Frankfurter Schauspiel erfährt national wie international große Beachtung. Frankfurt ist mit seinen Theater-Konzerthäusern auf dem richtigen Weg. Nach wie vor verweigert das Land seiner wichtigsten Kommune die Unterstützung bei seinen Bemühungen kulturell an der Spitze zu bleiben und damit auch Arbeitsplätze in der gesamten Region zu stützen. Deshalb fordern wir endlich **finanzielle Unterstützung unserer Theater durch das Land Hessen über den kommunalen Finanzausgleich**.

Die SPD setzt sich verstärkt für die Förderung des **Kinder- und Jugendtheaters** in Frankfurt ein. **Denn die freie Theaterszene** mit ihren Gruppen gehört ebenso wie die **Privattheater** zum festen Bestandteil sozialdemokratischer Kulturpolitik.

Um die Studierenden mehr in die Angebote der Stadt einzubeziehen, hat das sozialdemokratisch geführte Kulturdezernat ein „**Kulturscheckheft**“ eingeführt, das alle, die sich neu an der Universität einschreiben, mit Gutscheinen zum Besuch von über 40 Freizeit- und Kultureinrichtungen einlädt. Das Projekt ist bisher ein großer Erfolg und soll weiterverfolgt und ausgebaut werden.

Frankfurt ist seit Jahrhunderten die **Stadt des Buches und der Literatur – wir wollen, dass das so bleibt**. Die **Frankfurter Buchmesse** gehört ebenso zu unserer Stadt wie der Börsenverein des deutschen Buchhandels und führende Verlage. Die zahlreichen Literaturveranstaltungen, die Römerberggespräche, der Stadtschreiber von Bergen oder die Kinder- und Jugendbuchausstellung in den Römerhallen sind unverzichtbare Teile des Kulturlebens. Romanfabrik, Literaturhaus und Hessisches Literaturbüro haben in Frankfurt am Main ihren festen Platz.

Die Frankfurter SPD hat dafür gesorgt, dass das dichte Netz der **Stadtteilbüchereien** erhalten blieb und es zu nur vier Schließungen kam. Wir fordern, dass die verbliebenen Bibliotheken eine Bestandsgarantie erhalten und aus den eingesparten Mitteln einen deutlich höheren Medienetat erhalten.

Wir wollen weiterhin die Kulturarbeit freier Künstlerinnen und Künstler sowie Künstlergruppen auf dem bisherigen hohen Niveau fördern. Dank sozialdemokratischer Kulturpolitik hält Frankfurt am Main bei der **Förderung der freien Gruppen** die Spitzenposition in der Bundesrepublik. Frankfurt muss Ort der Entstehung und Aneignung von Kunst bleiben. Die von Sozialdemokratinnen

und Sozialdemokraten initiierten **Stadtteilkulturwochen** sollen wieder regelmäßig stattfinden, sie haben einen hohen Stellenwert für die Menschen und die Vereine in den Stadtteilen.

Die Frankfurter SPD will die kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen in allen Schulformen verstärkt fördern. Bildung ist nicht nur theoretisches Wissen und die Aneignung beruflich verwertbaren Wissens, sondern ebenso ästhetische Erfahrung, Kompetenz- und Wertevermittlung. Kulturelle Bildung soll möglichst frühzeitig beginnen und alle Kinder und Jugendlichen erreichen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen deshalb die Zusammenarbeit zwischen Kulturschaffenden und den Kultureinrichtungen verstärken. Alle Kultureinrichtungen sind aufgerufen, sich noch mehr um die Vermittlung ihrer Kulturangebote zu bemühen. Kultureinrichtungen in öffentlicher Förderung sollten Rechenschaft über ihre Aktivitäten ablegen. Die Stadt hat dafür zu sorgen, dass bestehende Angebote vernetzt, ausgebaut und in den Schulen entsprechend beworben werden. Das Frauenmusikbüro leistet wichtige Arbeit bei der Förderung von Musikerinnen.

In Frankfurt am Main hat die **Filmwirtschaft** in der Werbewirtschaft und in der Postproduction bereits eine europaweit anerkannte Rolle. Nicht zuletzt die „edit“ als europäische Leitmesse für diesen Bereich muss auch von der Stadt Frankfurt weiter gefördert und unterstützt werden. Mit ihr kann sich Frankfurt am Main in einem wichtigen Wirtschaftsbereich international einem großen Publikum präsentieren.

Der Frankfurter **Innenstadt-Zoo** ist wichtig für Bürgerinnen und Bürger, vor allem für Kinder in der Großstadt und in der Region. Der Zoo wurde durch den Bau neuer artgerechter Gehege wie dem Katzenschlingel, der Robbenklippen, der Nebelparder- und Okapianlage noch attraktiver. Wesentlich mehr Besucherinnen und Besucher kamen in den vergangenen Jahren. Mit dem geplanten Bonoboland und dem neuen Bärenbusch wird diese gute Arbeit fortgesetzt. Der Zoo ist wichtig für die Region Rhein-Main, sie muss sich an der Finanzierung dieser bedeutenden Kultureinrichtung beteiligen.

Zur Kulturpolitik gehört auch das **Erinnern**. Es kann für uns keinen Schlusstrich unter die deutsche Vergangenheit geben. Wir werden unser Engagement in der **Erinnerungspolitik** weiter verstärken. Das Internetportal www.frankfurt1933-1945.de ist ein großer Erfolg und sucht bundesweit seinesgleichen. Das Jüdische Museum, die Gedenkstätte am Börneplatz, die Anne-Frank-Jugendbegegnungs-

stätte, das Oskar-Schindler-Lernzentrum und das Fritz-Bauer-Institut leisten wichtige Beiträge zur Aufarbeitung der jüngeren deutschen Geschichte. Die Besuchsprogramme für die ehemaligen Frankfurter Jüdinnen und Juden sowie für die ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter werden wir fortführen. Wir brauchen aber auch authentische Orte für unsere Erinnerungskultur. Wir wollen daher einen Ort der Erinnerung auf dem Gelände der ehemaligen Großmarkthalle, dem künftigen Sitz der Europäischen Zentralbank.

2.d. Sichere Heimat Frankfurt

Der öffentliche Raum gehört allen. **Sicherheit darf nicht privatisiert werden.** Das Machtmonopol des Staates darf nur von gut ausgebildetem und gut bezahltem staatlichen Personal ausgeübt werden.

Die **Polizeipräsenz** ist entscheidend dafür, wie sicher sich die Frankfurterinnen und Frankfurter fühlen. Je mehr Polizeikräfte in Uniform in der Stadt unterwegs sind, desto größer ist das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen. Die Zahl der Polizistinnen und Polizisten ist aber auch für die objektive Sicherheit Ausschlag gebend, sie sind für präventive Arbeit gegen Verbrechen und für die Verfolgung von Straftaten von entscheidender Bedeutung.

Die bisher in der Stadt vorhandenen dezentralen Polizeiwachen waren und sind wichtige Anlaufpunkte für die Bürgerinnen und Bürger. Wenn aktuelle Problemlagen in den Stadtteilen entstanden, konnte schnell reagiert werden. Die **Struktur der Polizeiwachen** muss erhalten bleiben und in ihrer Ausstattung verbessert werden. Das Land Hessen muss dies gewährleisten. Einem Abbau der Zahl der Polizistinnen und Polizisten und Reduzierung von Polizeirevieren durch das Land treten wir energisch entgegen. Wir werden auch weiterhin lokale Bürgerinitiativen, die sich für den Erhalt von bestehenden Polizeirevieren in ihrer Nähe einsetzen, aktiv unterstützen. Frankfurt muss eine sichere und damit lebenswerte Stadt bleiben.

Wir wollen **gut bezahlte und ausgebildete Sicherheitskräfte** – Freiwillige Polizeihelfer verfügen weder über deren Kompetenz noch die Qualifikation. Deshalb werden wir keinen „Freiwilligen Polizeidienst“ einführen, stattdessen fordern wir die hessische Landesregierung auf, die Polizei nicht weiter kaputt zu sparen und die Anzahl der Beamtinnen und Beamten für Frankfurt am Main zu erhöhen. Unsere Stadt übernimmt zentrale Funktionen in der Region und muss entsprechend mit Polizeikräften ausgestattet werden.

Frankfurt braucht auch eine ausreichende Anzahl von **städtischen Ordnungs- und Sicherheitskräften**. Hier darf nicht gekürzt werden. Hilfsmittel wie **Videoüberwachung** können Polizeikräfte nicht ersetzen. Sie führen hauptsächlich zur Verdrängung von Kriminalität. Deshalb kann ihr punktueller Einsatz beispielsweise an Kriminalitätsschwerpunkten sinnvoll sein – eine flächendeckende Videoüberwachung lehnen wir jedoch ab.

Die SPD fordert, die **präventive Polizeiarbeit** zu stärken. Ein **Stadtteilpolizist** nimmt Veränderungen wahr und erkennt Problemfelder schon in der Entstehung. Die enge Zusammenarbeit mit weiteren sozialen Institutionen vor Ort kann die dauerhafte Entwicklung von Kriminalitätsschwerpunkten verhindern. Im Anfangsstadium können Probleme mit vergleichsweise geringen Mitteln gelöst werden bevor sie eskalieren.

Ein zusätzlicher wichtiger Baustein der örtlichen Prävention ist die „Gute Nachbarschaft“. Wir fordern die weitere Unterstützung **nachbarschaftlicher Strukturen**. Um der Anonymität der Großstadt und den daraus entstehenden Gefahren entgegen zu wirken, wollen wir Multiplikatoren in den Stadtteilen gewinnen. Diese sollen gemeinsam mit den örtlichen Institutionen die Bewohnerinnen und Bewohner in den Quartieren vernetzen, damit sie in Problem- und Gefahrensituationen **Solidarität** erfahren. Aktionen wie „wachsamer Nachbar“ oder „Bürger aktiv für Sicherheit“ müssen gemeinsam mit Polizei, Ordnungs- und Sicherheitsdienst der Stadt und mit den Regionalräten gefördert werden.

Die Grundlage einer friedlichen Bürgergesellschaft ist **soziale Sicherheit**. Sie erleichtert das Zusammenleben. Sicherheit ist ein wichtiger Standortvorteil. Deshalb werden wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Frankfurt auch zukünftig einen großen Teil der städtischen Mittel in die soziale Infrastruktur investieren.

Prävention und die Stärkung der **allgemeinen gesellschaftlichen Verantwortung** sind wichtige Bausteine unseres Sicherheitskonzepts. Deshalb unterstützen wir Aktionen des Präventionsrates wie „Gewalt – sehen – helfen“ und Prävention in der Kinder- und Jugendarbeit wie zum Beispiel „Mitternachtssport“ und Anti-Gewalt-Training. Wir fordern **altersgerechtes Gewaltpräventionstraining** als verbindlichen Teil des Lehrplans in Grund- und weiterführenden Schulen. In den Frankfurter Kindergärten und Horten werden wir die bestehenden Aktivitäten Zug um Zug zum festen Bestandteil des pädagogischen Konzepts ausbauen.

Frankfurt am Main ist eine weltoffene, **tolerante Stadt**. Wir wollen, dass das so bleibt. Deshalb unterstützen wir entsprechende pädagogische und präventive Maßnahmen ebenso wie polizeiliche Sanktionen gegenüber Rechtsradikalen, Antisemiten und Fundamentalisten. Die enge Zusammenarbeit mit der Polizei hat sich beispielsweise bei der Entsendung von „Demonstrationsbeobachtern“ bei Neonazi-Kundgebungen am 1. Mai bewährt – wir wollen solche Modelle fortführen. Die Etablierung von rechtsextremen Aktivitäten, insbesondere Szenetreffpunkten in Frankfurt werden wir vehement bekämpfen.

Nach der erfolgreichen Einführung des **Gewaltschutzgesetzes** der früheren rot-grünen Bundesregierung mit dem Prinzip „Wer schlägt, der geht“ fordern wir den Erhalt und Ausbau von Hilfs- und Therapieangeboten für die Opfer häuslicher Gewalt, z. B. in Frauenhäusern. Wir appellieren dringend an die Hessische Landesregierung, ihre gefährlichen Einsparungen in diesem Bereich rückgängig zu machen.

Darüber hinaus wollen wir **Männerberatungsangebote** ausbauen. Für beides gilt, dass durch Täter-Opfer-Ausgleich und Therapieangebote weitere Gewalttaten oft verhindert werden können.

Die **sichere Stadt** ist planbar. Wir fordern Leitlinien für die Gestaltung von Neubaugebieten. Die Überschaubarkeit von Wegen hat höchste Priorität. Möglichkeiten zur **angstfreien Bewegung im Stadtraum** zu schaffen soll Planungsgrundlage für alle Umbaumaßnahmen im öffentlichen Raum werden.

Zur sicheren Stadt gehört die gute **Beleuchtung** von Plätzen und Wegen. Daran muss sich die Positionierung von Lichtquellen vornehmlich orientieren. Statt der Straßenbeleuchtung muss die **Gehwegbeleuchtung** im Vordergrund stehen. Sicherheit und das Vermeiden von „Angsträumen“ sind wichtige Kriterien der Stadtplanung.

Das hohe Verkehrsaufkommen in Frankfurt erfordert besondere Anstrengungen zur Verbesserung der **Verkehrssicherheit**. Wir wollen, dass in allen Kindergärten **Verkehrserziehung** stattfindet. Dazu werden wir das städtische Personal wieder aufstocken. Um Mobilität für alle zu erreichen, brauchen wir sicherheitsgeprüfte Fußwege. Erste Schritte sind die flächendeckende Untersuchung der **Fußwegesicherheit** und die Aufstellung einer Prioritätenliste zur Behebung der Sicherheitsmängel. Parallel dazu muss eine **Offensive gegen die Falschparker** beginnen, die mit dem Abstellen ihrer Fahrzeuge die Sicherheit anderer Verkehrsteilnehmer gefährden. Tempo 30-Zonen in Wohngebieten vor Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen und Altenwohnanlagen und deren Überwachung sind unverzichtbar.

Die **saubere Stadt** trägt entscheidend zum Wohlfühl der Bevölkerung und unserer Gäste bei. Wir werden das Projekt „Ortsdiener“ weiterführen und ausweiten, auch die Parkwächter für intensiv genutzte Grünflächen werden wir beibehalten. In die Aktionen „Sauberes Frankfurt“ sollen in Zukunft auch die Stadtteile stärker einbezogen werden. Die Bekämpfung von **Vandalismus** und Graffiti-Schmierereien muss endlich konsequent betrieben werden. Für Bürgerinnen und Bürger, aber auch für Gäste unserer Stadt müssen mehr **Toiletten** bereitgestellt werden. Anhand einer Prioritätenliste wollen wir langfristig alle kleineren und größeren Zentren in Frankfurt mit öffentlichen Toiletten ausrüsten.

Die Feuerwehr Frankfurt am Main wird als permanent verfügbare Sicherheitseinrichtung für die Bürgerinnen und Bürger durch die Feuerwehrangehörigen repräsentiert. Diese bürgernahen Funktionen müssen erhalten werden. Durch das neue Taktische Feuerwehrkonzept 2020 ist die **Berufsfeuerwehr Frankfurt** schneller am Einsatzort und kann noch besser und effektiver den Bürgerinnen und Bürgern helfen. Die Umsetzung des neuen innovativen Konzepts wird eine zentrale Aufgabe der nächsten Legislaturperiode sein. Die Berufsfeuerwehr ist bei größeren Schadensereignissen auf die Mitwirkung der **Freiwilligen Feuerwehren** angewiesen. Diese wichtige ehrenamtliche Arbeit muss von der Stadt weiter unterstützt werden.

2.e. Gesundheit in Frankfurt

Gesundheit ist das höchste Gut des Menschen. Auf kommunaler Ebene hat die Gesundheitspolitik vor allem die Aufgabe, dieses Gut durch Angebote zur **Vorsorge und Heilung** zu schützen sowie die Lebensqualität chronisch Kranker zu verbessern. Besonderes Augenmerk gilt dabei den älter werdenden Menschen sowie Kindern und Jugendlichen.

Eine wichtige Funktion bei der Gesundheitsvorsorge und Heilung hat das **städtische Gesundheitsamt**. Wir wollen, dass es seine gute wissenschaftliche und praktische Arbeit weiterführt. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Gesundheitsamt erfassen die gesundheitliche Entwicklung in Frankfurt am Main statistisch, informieren die Öffentlichkeit, entwickeln gemeinsam mit Ärztinnen und Ärzten Strategien gegen drohende Gefahren, und nicht zuletzt bieten sie fachkundige Beratung an.

Angesichts der steigenden Zahl von **Aids-Infektionen** in Deutschland sowie von sexuell übertragbaren Krankheiten, die HIV-Infektionen begünstigen, ist auch weiterhin eine intensive Aids-Prävention erforderlich.

Neben den materiellen Verhältnissen, in denen Menschen leben, ist auch ihr individuelles Verhalten ein wichtiger Faktor der Gesundheit. Gezielte **Information und Hilfe zum gesundheitsförderlichen Verhalten** sind Aufgaben des öffentlichen Gesundheitsdienstes. Diese Angebote wollen wir kontinuierlich ausbauen.

Viele Initiativen und Vereine, auch Selbsthilfegruppen bieten Hilfe in Fragen von Gesundheit. Wir wollen ihre finanzielle und ideelle Unterstützung fortführen. **Bewegungsmangel und Fehlernährung** führen zu einer Zunahme schwerer Krankheitsbilder, teilweise schon im Kindesalter. Eine gesunde Ernährung erfordert auch gesunde Lebensmittel, deshalb fördern wir den verstärkten Einsatz von Lebensmitteln aus ökologischem Landbau in allen Lebensbereichen. Beeinträchtigungen werden erst im späteren Alter sichtbar. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen Initiativen zu Ernährung und Bewegung unterstützen, diese Angebote mit Institutionen wie Schulen und Kindertagesstätten vernetzen und den Schul- sowie Freizeitsport von Kindern und Jugendlichen besonders fördern.

Krankheiten frühzeitig erkennen hilft, schwere Schäden zu vermeiden. Aufgabe des öffentlichen Gesundheitsdienstes ist es daher auch, in der Bevölkerung für bestehende **Früherkennungsangebote** zu werben und diese zu ergänzen.

Die Stadt Frankfurt am Main gehört zu den zehn Gründungsmitgliedern des **Gesunde-Städte-Netzwerkes** in der Bundesrepublik Deutschland. Seit 2002 ist Frankfurt als Kompetenzzentrum für Migration und öffentliche Gesundheit anerkannt. Diesen Weg wollen wir weiter gehen.

Gemeinsam mit den zuständigen Gremien der Ärztinnen und Ärzte sowie den Krankenkassen ist in allen Stadtteilen die ärztliche Versorgung sicherzustellen. Dafür sind gegebenenfalls zusätzliche Mittel vorzusehen. Ebenso ist eine klinische Versorgung stadtteilnah zu garantieren. Defibrillatoren, die Menschen mit Herzversagen das Leben retten können, müssen in Frankfurt Zug um Zug an zentralen Stellen zugänglich gemacht werden.

Die Pilotfunktion des **Krankenhauses Höchst als städtische Klinik** muss erhalten werden. Es muss saniert und modernisiert werden, dabei darf der klinische Kernbereich jedoch keinesfalls privatisiert werden. Eine Umwandlung der Organisationsform, z. B. in eine gemeinnützige GmbH (gGmbH) im hundertprozentigen Eigentum der Stadt kann sinnvoll sein. Jede Steigerung der Wirtschaftlichkeit in den Höchster Kliniken findet jedoch nur unsere Zustimmung, wenn dabei eine sozialverträgliche Entwicklung gegeben ist und die Beteiligung der

städtischen Gremien an den Entscheidungsprozessen der Kliniken nicht geschmälert wird. Außerdem sollen sie auch zukünftig als **akademisches Lehrkrankenhaus** sowie Ausbildungsstätte fungieren.

Für die zunehmende Zahl älterer – auch ausländischer – Frankfurter sind **geriatrische Abteilungen** in Frankfurter Kliniken einzurichten und auszubauen. Die Versorgungslücke im Frankfurter Süden wollen wir gemeinsam mit den dortigen Kliniken schließen. Es müssen vermehrt gut ausgestattete Tages- und Kurzzeitpflegeeinrichtungen, auch in stationären Einrichtungen, vorgehalten werden. Die Pflege dementer alter Menschen ist eine besonders anspruchsvolle Arbeit. Spezielle, fachlich gut ausgestattete Einrichtungen sind daher besonders zu unterstützen.

Zum Leben gehört auch das Sterben. Um ein **menschenwürdiges Sterben** zu ermöglichen, unterstützen wir Palliativkliniken, die Einrichtung von Palliativabteilungen in Kliniken sowie Hospize.

Wir wollen den **erfolgreichen Weg der Frankfurter Drogenpolitik** fortsetzen. Es ist uns bewusst, dass es eine drogenfreie Gesellschaft nicht geben wird. Trotzdem bleibt es unser Ziel, den Drogengebrauch – auch von Alkohol, Medikamenten und Nikotin – möglichst einzuschränken. Die vielfältigen **Präventionsangebote** in Schulen, Kindertagesstätten und Jugendeinrichtungen müssen auch künftig gefördert werden. Wir brauchen weiterhin ein breit gefächertes Beratungs- und Hilfsangebot der Drogenhilfe. Dazu gehören zum Beispiel Methadon-Programme, Übernachtungsmöglichkeiten, Druckräume und Ausstiegshilfen. Wir wollen den erfolgreichen Modellversuch der kontrollierten **Heroinvergabe** an schwerstabhängige Frankfurterinnen und Frankfurter fortsetzen, um den Gesundheitszustand dieser Menschen zu verbessern und damit zugleich einen Beitrag zur Verringerung der Beschaffungskriminalität zu leisten.

2.f. Sport

Frankfurt am Main ist eine **sportlich ambitionierte Stadt**. In vielen Sportarten (beispielsweise Fußball, Basketball, Eishockey, Football, Trampolin- und Kunstturnen) ist Frankfurt erstklassig. Unter anderem haben die Frauen vom 1. FFC Frankfurt in den letzten Jahren bundesweit für Furore gesorgt. Wir wollen, dass in unserer Stadt auch zukünftig Spitzensport-Veranstaltungen wie der Frankfurt-Marathon, der Ironman und das Reitturnier in der Festhalle stattfinden.

Hier ist das **Zentrum des Deutschen Sports**: Der Deutsche Sportbund, das Nationale Olympische Komitee, die Stiftung Deutsche Sporthilfe, die Deutsche Olympische Gesellschaft und das Deutsche Olympische Institut haben bei uns ihren Sitz, ebenso wie der Deutsche Fußballbund, der Deutsche Turnerbund und zehn weitere Spitzenverbände. Wir wollen die bestehenden Sporteinrichtungen in Frankfurt fördern und weiter ausbauen.

Wir wollen

- Sport vornehmlich **vereinsgebunden** fördern.
- darüber hinaus auch für den **Betriebssport und individuelle, ungebundene Sportausübung** öffentliche Angebote vorhalten (so ist der erfolgreiche Frankfurter Nachtsport zu erhalten und wenn möglich auszubauen; Gleiches gilt für den Frauensport z. B. den „FrauenSportSommer“).
- den **Breitensport** als Grundlage der sportlichen Entwicklung unterstützen.
- auch den **Leistungs- und Spitzensport** mit Blick auf ihren hohen Stellenwert angemessen berücksichtigen.
- die positiven Entwicklungen im Frauensport unterstützen durch Förderung von entsprechenden Vereinsangeboten und -initiativen, wobei ein besonderes Augenmerk auf Angeboten für Migrantinnen liegt.
- das vorhandene **städtische Angebot** (Sportanlagen, Sporthallen, Schwimmbäder) in seiner Substanz sichern, funktionsfähig erhalten und nach Bedarf ausbauen.
- den „besitzenden“ **Vereinen mit eigenen Einrichtungen** bei der Sicherung ihrer Anlagen helfen, aber auch im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten Neuinvestitionen unterstützen.
- Initiativen fördern, die es jungen Frauen, insbesondere Migrantinnen ermöglicht, Sport zu treiben.
- sicherstellen, dass besondere, zeitlich begrenzte Projekte der Vereine auf dem Gebiet der **Jugendarbeit** sowie von **integrativen Angeboten** an benachteiligte Bevölkerungsgruppen zusätzlich zur konventionellen Sportförderung bezuschusst und begleitet werden.
- die **Eigenleistung der Vereine** auf Sportanlagen unterstützen.
- ein **qualifiziertes Beratungsangebot** für Sportvereine im städtischen Sportamt gemeinsam mit den Sportvereinen weiter ausbauen.
- für bezahlbare **Eintrittspreise** bei städtischen Sportangeboten für alle Bürgerinnen und Bürger eintreten.
- die Verzahnung von Schulsport und Vereinssport fördern, um auch angesichts des zunehmenden Ganztagschulangebotes Kindern die Möglichkeit zu geben, ihre Wunschsportangebote wahrzunehmen.

Durch **Investitionen in städtische Sportanlagen und bei Vereinen** – von 2001 bis 2004 rund 30 Millionen Euro – wurde eine erhebliche Verbesserung der Infrastruktur erreicht. 2005 und 2006 werden mehr als 14,5 Millionen Euro in ungedeckte Sportanlagen und 3 Millionen Euro in Hallen investiert. 2,5 Millionen Euro erhalten die Frankfurter Vereine für eigene Baumaßnahmen. Wir werden die **Sanierung** der Sportanlagen für den Breitensport konsequent fortsetzen.

Ein wesentlicher Qualitätssprung ist die Fertigstellung der neuen Commerzbank-Arena. Der **Waldstadion-Sportpark** ist in den nächsten Jahren weiter auszubauen.

Wir wollen alle Bäder auch zukünftig erhalten. Durch die Fortführung der erfolgreichen Arbeit der Bäder GmbH sind schon fünf Millionen Euro in die **Sanierung der Frankfurter Bäder** investiert worden.

Menschen für den Sport zu begeistern muss in jungen Jahren beginnen. Darum wollen wir die **Sportinfrastruktur an den Frankfurter Schulen** verbessern. Gegenüber dem Land Hessen werden wir einfordern, dass Sportunterricht nicht mehr an den Rand gedrängt wird. Eine ausreichende Versorgung mit Lehrkräften für den Sportunterricht muss gewährleistet sein.

Der Ruf der Sportstadt Frankfurt konnte in den letzten Jahren kontinuierlich verbessert werden. Es bleibt gleichwohl noch viel zu tun. Wir wollen die Arbeit an diesen Aufgaben tatkräftig fortsetzen.

2.g. Umwelt

Der Schutz der Umwelt ist eines **der zentralen Themen**, mit denen sich die Frankfurter Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der Vergangenheit beschäftigt haben und in der nächsten Legislaturperiode weiter beschäftigen werden.

Mit den in 2004 beschlossenen **Umweltpolitischen Leitlinien** ist ein guter Anfang gemacht worden, aber diese müssen jetzt mit Leben erfüllt werden, um auch in Zukunft eine lebenswerte Umwelt zu erhalten.

Angesichts der Endlichkeit fossiler Ressourcen stehen wir in der Energie- und Klimapolitik für

- den vermehrten Einsatz regenerativer Energien in den städtischen Liegenschaften, in den Liegenschaften der Eigenbetriebe und städtischen Gesellschaften, Schulen, Kindertagesstätten und sonstigen städtischen Einrichtungen.

- die Fortführung der erfolgreichen städtischen Aufklärungs- und Beratungskampagnen zum Einsatz regenerativer Energien und von Regenwasser in privaten Haushalten.
- die Umsetzung energie- und emissionsenkender Maßnahmen zur Verminderung des CO²-Ausstoßes.
- den effizienten Einsatz der Energie, dies bedeutet z. B. die energiesparende Sanierung städtischer Gebäude und Wohnungen nach den neuesten Erkenntnissen, wenn möglich im energetischen Passivhausstandard.
- Hinführung privater Haushalte zum effizienten Umgang mit Energie.
- Wärmedämmung bei Altbauten, Fenster- und Heizungssanierung auf der Grundlage des Frankfurter Heizspiegels.
- den Ausbau der Fernwärmeversorgung durch Kraft-Wärme-Kopplung und einen Verbund der Fernwärmenetze.
- den Ausbau des **Biomasse**-Heizkraftwerkes in Fechenheim. Wir setzen uns dafür ein, dass bei Neubau und Umrüstung in möglichst vielen städtischen Gebäuden Biomasse-Heizungen eingesetzt werden. Private Haushalte und Gewerbebetriebe sollen über diese interessanten, heimischen Energiequellen informiert werden.
- für den Aufbau eines **Brauchwassernetzes**.

Die Lärmbelastung in weiten Teilen des Frankfurter Stadtgebietes hat in den letzten Jahren derart zugenommen, dass gesundheitliche Probleme der Bevölkerung vielfach darauf zurück zu führen sind. Um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, treten wir für eine zügige Erstellung der **Lärminderungspläne** und deren schnelle Umsetzung in den Stadtteilen ein. Wir fordern eine ausreichende finanzielle Ausstattung für dieses Programm, denn dies ist für uns nicht nur umweltpolitische Leitlinie, sondern aktive Gesundheitspolitik.

Wir beobachten die starke Belastung von Teilen der Frankfurter Bevölkerung durch **Feinstaub** mit Sorge. Um die Datengrundlage zu verbessern, fordern wir die Einrichtung zusätzlicher Feinstaub-Messstellen im Frankfurter Stadtgebiet. Das Umweltamt muss zügig ein Konzept zur Feinstaubminderung vorlegen. Wir akzeptieren nur Maßnahmen, die auch zu einer deutlichen gesundheitlichen Entlastung der Bürgerinnen und Bürger führen. Die vorhandenen Dieselfahrzeuge der Stadt sollen Zug um Zug mit Rußpartikelfiltern ausgestattet werden, Neuanschaffungen, soweit es sich nicht ohnehin um erdgasbetriebene Fahrzeuge handelt, müssen über diese Technologie verfügen. In Bereichen, in denen die EU-Grenzwerte überschritten werden, setzen wir uns für ein Fahrverbot von Dieselfahrzeugen ohne Partikelfilter ein.

Wir stehen nach wie vor zum Erhalt und Ausbau des **Frankfurter Grüngürtels** als Ort der Erholung, des Naturerlebens und als Erhalt des Kaltluftentstehungsgebietes für die Frischluftversorgung der ganzen Stadt. Mit uns wird es in Zukunft keine weitere Aufweichung des Grüngürtels geben. Der **Stadtwald** ist für die Lebensqualität der Bevölkerung in vielfacher Hinsicht heute und noch mehr in Zukunft unersetzlich.

Wir bekennen uns zu der nahezu 100 Jahre alten „Wallservitut“, die den inneren Anlagenring der Stadt schützt und auf die Frankfurts Bürger und Bürgerinnen mit Recht stolz sind. Eine Bebauung dieses inneren Anlagenrings kommt für uns auch in Ausnahmefällen nicht in Frage.

Parks, Grünflächen sowie Kleingärten und Kleingartenanlagen sind Orte der Freizeit und Heimat für tausende Frankfurterinnen und Frankfurter. Die Arbeit der Kleingärtner hat einen großen Anteil am aktiven Natur- und Artenschutz in unserer Stadt. Deshalb fordern wir die Erschließung sämtlicher privater und städtischer Kleingartenanlagen, sofern die Pächter dies wollen. Zur Erschließung gehört für uns nicht nur der Anschluss an das Gas-, Strom- und Wassernetz, sondern auch die Abfallentsorgung. Wir sind für die Wiedereinführung des Wettbewerbes „Frankfurt in Blumen“ ab 2006, um die Kreativität der Kleingärtnerinnen und Kleingärtner zu würdigen. Darüber hinaus wollen wir eine **buntere Bepflanzung** unserer Parks und öffentlichen Plätze, und dort, wo bauliche Anlagen vorhanden, deren Nutzung für Besucherinnen und Besucher (z. B. als Bistro oder Toiletten).

Den vielen Kleintierzüchtern und **Kleintierzuchtvereinen** wollen wir auch in Zukunft ein guter Partner sein und sie dort unterstützen, wo sie unsere Hilfe benötigen. Wir setzen uns dafür ein, dass die große nationale Rassegeflügel-schau 2010 mit über 30.000 Tieren in Frankfurt stattfinden kann.

2.h. Stadtverwaltung

Wir wollen eine **dienstleistungsorientierte, kundenfreundliche Stadtverwaltung**. Wir werden in diesem Sinne Verwaltungsabläufe konsequent weiter vereinfachen und besonders im direkten Kontakt mit dem Kunden den Service möglichst in der Hand eines Mitarbeiters konzentrieren. Für den Service am Kunden brauchen wir gut aus- und fortgebildetes Personal mit weniger Hierarchien als bisher. Die Frankfurter SPD setzt sich für den **Erhalt von städtischen Arbeitsplätzen** ein, neue Strukturen sind zusammen mit den Personalräten und ohne betriebsbedingte Kündigungen zu gestalten. **Arbeitszeitfestlegungen** sind im Rahmen

der Tarifautonomie zwischen den Tarifpartnern auszuhandeln. Dazu ist der Verbleib der Stadt Frankfurt am Main im Arbeitgeberverband notwendige Voraussetzung. Gleiches gilt für alle Unternehmen mit städtischer Beteiligung. Arbeitszeitverlängerung, wie von der CDU-Landesregierung per Federstrich diktiert, halten wir für den falschen Weg. Die Verlängerung der Arbeitszeit bringt nicht die notwendigen Reformen der Verwaltung. Die Erfahrung zeigt, dass angestrebte Einsparungen im städtischen Haushalt durch die Verlängerung von Arbeitszeit nicht eingetreten sind. Angesichts der angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt wollen wir den konsequenten Abbau von Überstunden.

Bei allen erforderlichen Umstrukturierungsmaßnahmen gilt: Änderungen der Rechtsformen städtischer Unternehmen können nur dann erfolgen, wenn diese stadteigen bleiben und die Maßnahmen zu **größerer Effizienz** sowie Kosteneinsparungen führen, ohne die **Sicherheit und Qualität der Arbeitsplätze** zu gefährden. Die Verwaltungsreform muss weiter vorangetrieben, die Zahl der Ämter reduziert werden.

In einer gestrafften Ämterstruktur müssen die Interessen der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in allen Bereichen durch **fachkundige Personalräte und Gleichstellungsbeauftragte** vertreten werden. Die Forderung von CDU und FDP, für die gesamte Stadtverwaltung nur noch einen Personalrat und eine Gleichstellungsbeauftragte zu erhalten, lehnen wir ab.

Die Neuorganisation der Sozialrathäuser ist zügig abzuschließen.

Die **Möglichkeiten des Internets** wollen wir für schnelleren und direkteren Service nutzen, sodass – soweit irgend möglich – städtische Informationen und Dienstleistungen (z. B. Antragsformulare) online abgerufen werden können. Behördengänge sollen dadurch auf ein Minimum reduziert und der Kontakt zwischen Bürger und Verwaltung vereinfacht werden. So können noch erhebliche Effizienzgewinne erzielt werden. Über **öffentliche Terminals**, etwa in Bibliotheken, erhalten diejenigen Bürgerinnen und Bürger Anschluss ans Internet, die sich einen eigenen Zugang nicht leisten können.

Zur **Qualitätssicherung** wollen wir eine aktive Kontrolle der Leistungen und Standards in der städtischen Verwaltung. Die Öffnungszeiten und die telefonische Erreichbarkeit der Dienststellen und Ämter müssen ausgeweitet werden – besonders bei Angeboten mit starkem Publikumsverkehr. Wartezeiten müssen dabei auf ein Minimum reduziert werden. Eine **flexiblere Gestaltung der Arbeitszeiten** bietet auch Chancen für die Beschäftigten, ihren Alltag individueller zu gestalten.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt als Arbeitgeberin **Diskriminierungen jeglicher Art am Arbeitsplatz nicht duldet** und geeignete Gegenmaßnahmen ergreift. Die Stadt Frankfurt am Main soll auch weiterhin leistungsgeminderte Personen über den gesetzlich vorgeschriebenen Anteil hinaus beschäftigen.

Wir befürworten die Wiedereinführung des traditionellen Tages der offenen Tür. Der **Tag der offenen Tür** ist wichtiges Element der Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Stadt und ihrer Stadtverwaltung. Er gibt darüber hinaus vielen Organisationen, z. B. dem Katastrophenschutz, die Gelegenheit, sich und ihre Leistungen den Bürgerinnen und Bürgern darzustellen. Wir wollen neu zugezogene Studierende mit einer Ummeldeprämie dazu bewegen, sich mit Wohnort in Frankfurt anzumelden. Damit wollen wir einerseits deren Identifikation mit der Stadt stärken und andererseits Mehreinnahmen über die einwohnerzahlbezogenen Finanzzuweisungen des Landes ermöglichen.

3. Frankfurts Identität bewahren und entwickeln

3.a. Stadtentwicklung

Stadtentwicklung in Frankfurt am Main muss gleichzeitig **innovativ und bewahrend** sein. Sie muss auch an zahlreichen Orten als Stadtreparatur begriffen werden. Wir wollen, dass unsere Stadt eine unmittelbar erfahrbare Heimat für viele bleibt. Wirtschaftliche, soziale und ökologische Erfordernisse sind gleichermaßen zu berücksichtigen. Die Bedürfnisse der Menschen – unabhängig von ihrem Einkommen, ihrem gesellschaftlichen Einfluss und ihrer Wirtschaftskraft – stehen dabei im Mittelpunkt unseres politischen Handelns. In Frankfurt müssen noch mehr als bisher die oft sehr unterschiedlichen Einzelinteressen in transparenten, öffentlich nachvollziehbaren Entscheidungsverfahren gegeneinander abgewogen werden. In diesem **dynamischen Prozess**, der immer wieder den aktuellen Entwicklungen in unserer Stadt angepasst werden muss, brauchen wir auch klare Strukturen. Politische Gremien müssen deshalb langfristige Rahmenbedingungen zur Steuerung der Stadtentwicklung wie z. B. den Hochhausrahmenplan vorgeben.

Frankfurt besitzt trotz langfristig sinkender Bevölkerungszahlen in Deutschland dank seiner Wirtschaftskraft **positive Entwicklungschancen**. Mit den geplanten und in der Entwicklung befindlichen neuen Wohngebäuden, durch Umwidmung ehemaliger Gewerbeflächen sowie durch Schließung von Baulücken bestehen derzeit Flächenreserven für mehr als 20.000 neue Wohnungen. Damit besitzt die Stadt genügend Flächenpotentiale für die in den nächsten Jahren absehbare Entwicklung. Es kommt nunmehr darauf an, die ausgewiesenen Flächenpotentiale zügig zu entwickeln und dabei insbesondere für die möglichst zeitgleiche Bereitstellung der Infrastruktur, also von Kindergärten, Schulen, Einkaufsmöglichkeiten, Sozialeinrichtungen und Verkehrsanbindungen zu sorgen.

Einrichtungen vor Ort wie Schulen, Kindergärten, Jugend- und Altenclubs sind besser auf den Bedarf abzustimmen. Bei der Planung neuer Einrichtungen ist auf Multifunktionalität zu achten, sodass eine spätere Umnutzung bei verändertem Bedarf leichter möglich wird.

Unser besonderes Augenmerk gilt einer ausgewogenen **sozialen Mischung** zwischen den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen insbesondere in den Neubaugebieten. Ziel ist eine ausreichende Wohnraumversorgung für alle Bevölkerungsgruppen. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass in den neuen Siedlungen sowohl Flächen für Eigenheime als auch für Geschosswohnungen ausgewiesen werden. Ebenso befürworten wir ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Miet- und Eigentumswohnungen. Insbesondere für junge Familien brauchen wir umfassende und vielfältige Angebote. Das Gebot der Mischung zwischen den Wohnformen gilt auch für den größten neuen Frankfurter Stadtteil, den Riedberg.

Das sozialdemokratische Konzept der „**Stadt der kurzen Wege**“ mit nahe beieinander liegenden Arbeits-, Wohn-, Freizeit- und Betreuungsangeboten hat sich bewährt. Wir wollen deshalb weiterhin die **Mischplanung von Gewerbe- und Wohnraum fördern**. Das nachbarschaftliche Nebeneinander von Arbeitsstätten und Wohnungen trägt zur Verkehrsminderung bei und gewährleistet eine kunden- und wohnungsnahen Versorgung sowie geringe Flächeninanspruchnahme.

Mit der Umnutzung des derzeitigen Universitätsgeländes in Bockenheim, den neuen Bauflächen entlang der Hanauer Landstraße, dem Riedberg, dem neuen Baugebiet am Henninger Turm in Sachsenhausen, der City West, dem Europaviertel, dem Westhafen, den ehemaligen amerikanischen Kasernengeländen im Norden und Westen und vielen anderen Entwicklungsflächen entstehen **neue Stadtviertel und Neubaugebiete**, durch die Frankfurt wichtige Entwicklungsimpulse erhält. Der Umzug der Universität ins Westend und auf den Riedberg muss durch Maßnahmen der Stadtentwicklung begleitet werden, damit an den neuen Standorten wieder studentische Infrastruktur entstehen kann.

Die vielen **Stadtteile** tragen mit ihrer Verschiedenheit und ihren unverwechselbaren Eigenarten zur besonderen Identität Frankfurts bei. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben durchgesetzt, dass bei Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen, wie z. B. beim Programm „Schöneres Frankfurt“, die Stadtteile in gleicher Weise wie die Innenstadt berücksichtigt wurden. Dieses Programm muss fortgesetzt und intensiviert werden, um die Lebensqualität in den bestehenden Stadtteilen und deren je eigenen Charakter zu erhalten. Der Stadtteil Höchst als Zentrum im Frankfurt Westen muss dieser Funktion entsprechend weiter entwickelt werden. Um den Charakter der Nordweststadt zu erhalten, streben wir für diesen Stadtteil eine Erhaltungssatzung an.

Ein besonderes Augenmerk gilt den Stadtteilzentren als wichtigen lokalen Identifikationspunkten für die jeweiligen Stadtteile. Mit Erhaltungssatzungen können die besonderen Eigenarten und die teilweise historische Bebauung der Stadtteile geschützt werden. Wir werden diesen Weg konsequent weitergehen und auch für diejenigen Stadtteile Erhaltungssatzungen auf den Weg bringen, in denen dies noch nicht geschehen ist.

Die Skyline gehört untrennbar zum Frankfurter Stadtbild. Mit dem Hochhausrahmenplan sind die Voraussetzungen zum Bau weiterer Hochhäuser an stadtverträglichen Standpunkten geschaffen. Wir wollen allerdings keine willkürliche Verteilung über das Stadtgebiet. Vor allem werden wir verhindern, dass in Wohnvierteln **Hochhäuser** ausgewiesen werden. Dies gilt insbesondere für das Westend, das Bahnhofsviertel und für Sachsenhausen. Beim Bau neuer Hochhäuser müssen die Investoren dazu verpflichtet werden, dabei auch neuen Wohnraum in den Gebäuden selbst oder in ihrer Umgebung zu schaffen.

Das Hochhaus der Europäischen Zentralbank soll als Solitär zu einem weithin sichtbaren, freistehenden neuen Markenzeichen der Stadt werden, deshalb wollen wir, dass seine Umgebung frei von weiteren Hochhäusern bleibt.

Heimat Frankfurt – das bedeutet einen hohen Qualitätsanspruch. Deshalb werden wir alles tun, damit das Äppelwoiviertel in Sachsenhausen saniert und revitalisiert wird, damit die Frankfurterinnen und Frankfurter und ihre Gäste sich wohl fühlen können. Das Förderprogramm zur Sanierung von Alt-Sachsenhausen wird fortgeschrieben.

Die **Attraktivität der Innenstadt** ist von besonderer Bedeutung für die Identität Frankfurts und seiner Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Entwicklung Frankfurts als Einzelhandelsstandort. Die Innenstadt muss deshalb attraktiver und schöner werden.

Mit der Entwicklung des Projektes „Zeil hoch vier“ auf dem Gelände des ehemaligen Telekomgeländes bzw. der alten Hauptpost wird ein neuer Entwicklungsschwerpunkt gesetzt, der die Innenstadt aufwertet. Die Zeil muss wieder zur Flaniermeile werden, deshalb treten wir dafür ein, dass die Erdgeschosslagen weit mehr als bisher für Gastronomie und kleinere Einzelhandelsläden geöffnet werden. Und die Zeil muss auch weiterhin durch die Baumreihen geprägt bleiben und darf nicht zu einer baumlosen Steinwüste werden.

Damit in unserer Heimat Frankfurt vertraute und wertvolle Gebäude erhalten bleiben, brauchen wir einen umfassenden **Denkmalschutz**. Er muss sich auch auf Nachkriegsbauten erstrecken, die architektonisch wertvoll sind und das Stadtbild prägen. Es reicht nicht, nur Teile der Fassaden denkmalgeschützter Gebäude bestehen zu lassen und die restliche Substanz finanziellen Überlegungen zu opfern. Bauten oder Straßenzüge, die fester Bestandteil der Heimat Frankfurt geworden sind, wie z. B. die Kleinmarkthalle und die Wohnhäuser an der Berliner Straße aus den Fünfzigerjahren, müssen erhalten werden. Nachdem unsere Stadt bereits im Zweiten Weltkrieg viele wichtige Bauwerke unwiederbringlich verloren hat, werden wir umso mehr darauf drängen, dass interessante Gebäude erhalten werden, die für ihre jeweilige Zeit typisch sind.

3.b. Leben am Main

Der Main ist eine zentrale Lebensader der Stadt und der Region. Mit dem erfolgreichen sozialdemokratischen Projekt „Wohnen am Fluss“ sind attraktive Lebensräume zurück gewonnen worden, das Gesicht der Stadt hat sich zu seinem Vorteil verändert. Die Vision von Martin Wentz musste in den Neunzigerjahren erst gegen harte Widerstände und massive Kritik durchgesetzt werden. Rückblickend stellen wir fest, dass gerade die schärfsten Kritiker des damaligen Projekts heute zu dessen größten Befürwortern gehören. „Wohnen am Fluss“ ist allerdings noch nicht beendet. Jetzt gilt: Aus „Wohnen am Fluss“ muss „Leben am Main“ werden. Erst wenn es gelungen ist, aus den vorhandenen Quartieren Räume zu machen, mit denen sich die Menschen identifizieren und die so dazu beitragen, dass der Main tatsächlich wieder stärker ins Bewusstsein der Stadt rückt, hat das Projekt Erfolg.

Wir wollen die **Zugänglichkeit des Mainufers** erhalten und weiter verbessern. Wohnungs- und Bürobauten dürfen die öffentliche Nutzung nicht verhindern. Wir befürworten die Ansiedlung von Gastronomie und Freizeitangeboten am Main, sofern diese die öffentliche Zugänglichkeit des Mainufers und die öffentliche Nutzung der Grünanlagen und Wege entlang des Mains nicht einschränken.

Wir wollen, dass der bei Einheimischen wie Touristen beliebte **Frankfurter Flohmarkt** seinen Platz am Museumsufer behält. Allerdings ist an der Struktur und dem Angebot einiges zu verbessern.

Am Fahrtor soll die nördliche Mainuferstraße mindestens an Wochenenden für den Autoverkehr gesperrt werden, um so die Verbindung zwischen dem Römerberg und dem Mainufer zu verbessern und nicht zuletzt die Lebensqualität der Anwohner am nördlichen Mainufer zu erhöhen.

In die Planungen für bauliche Neugestaltungen um den Main ist auch die künftige Bebauung des so genannten Degussa-Areals einzubeziehen. Die Abriegelung der kompletten Fläche an dieser exponierten Stelle im Innenstadtbereich, wie es gegenwärtig durch das Degussa-Areal faktisch gegeben ist, muss in jedem Fall aufgelockert werden. Eine einseitig auf Bürofläche ausgerichtete Nutzung, insbesondere in Form von hohen Bürotürmen, lehnen wir ab.

Ein weiterer zentraler Identifikationspunkt mit ihrer Stadt ist für die Frankfurterinnen und Frankfurter der Bereich um Römer und Dom. Mit den von uns initiierten Programmen „Schöneres Frankfurt“ und „Kulturmeile Braubachstraße“ haben wir bereits mit der Neugestaltung begonnen. In dem Quartier zwischen Paulsplatz, Berliner Straße, Domstraße und Braubachstraße schlagen wir die Öffnung der Hofdurchgänge und neue Nutzungen in den Erdgeschossen vor.

3.c. Neue Alte Stadtmitte

Der Abriss des Technischen Rathauses bringt für Frankfurt die einmalige Chance, den historischen Stadtkern zwischen Dom, Römerberg und Braubachstraße neu zu gestalten und damit Frankfurts alte Stadtmitte wieder neu zu gewinnen. Hier, um Dom und Römer, schlägt das Herz der Stadt. Mit der Entscheidung über die künftige Bebauung wird das Gesicht des historischen Stadtkerns für kommende Generationen unverrückbar festgelegt.

Deshalb wollen wir mögliche Bauvarianten hinsichtlich Stadtgestaltung, technischer Realisierbarkeit und wirtschaftlicher Nutzbarkeit ohne Zeitdruck prüfen und unter breiter Beteiligung der Bürgerschaft diskutieren.

Unser Ziel ist es, einen Stadtkern zu errichten, der für die Bürgerinnen und Bürger ein hohes Maß an Identifikation schafft und geeignet ist, über die Grenzen der Stadt zu einem Wahrzeichen Frankfurts zu werden. Deshalb sollte sich die künftige Gestaltung – auch durch die Rekonstruktion einzelner herausragender historischer Gebäude – möglichst weit an die historische Altstadt anlehnen.

Wir legen Wert auf eine kleinteilige Bebauung, die durch einen möglichst hohen Wohnanteil wieder zur Belebung des Stadtkerns beiträgt.

Heimat erlebbar machen heißt nicht nur, im Stadtbild Orte der Identifikation zu schaffen, sondern auch, Engagement, Verantwortung und Teilhabe der Bürger für ihre Stadt zu ermöglichen.

Wir wollen, dass die Frankfurterinnen und Frankfurter sagen, wie sie sich das Herz der Stadt, die „Neue Alte Stadtmittel“ vorstellen. Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger selbst entscheiden können wie ein wichtiger Teil ihrer Heimat gestaltet wird. Am Ende eines transparenten öffentlichen Diskussionsprozesses wollen wir einen Bürgerentscheid über mehrere, von der Stadtverordnetenversammlung ausgewählte Alternativ-Modelle.

